

28. Pleisweiler Gespräch mit Professor Mausfeld - 22. Oktober 2017

Wie sich die "verwirrte Herde" auf Kurs halten lässt: Neue Wege der "Stabilitätssicherung" im autoritären Neoliberalismus

Ich begrüße Sie auch, danke ganz herzlich für den freundlichen Empfang, und Ihnen Herr Müller danke für die Einladung zu den *Pleisweiler Gesprächen*, die ja eine Institution in diesen drei Jahrzehnten in der politischen Öffentlichkeit geworden sind.

Wenn in der politischen Öffentlichkeit etwas kritisch ist und Zielen der Solidarität und Gemeinschaft verpflichtet ist, dann nennt man das interessanterweise eine Gegenöffentlichkeit. Ich freue mich ganz besonders, in diesem Rahmen zu sprechen, weil die NachDenkSeiten Pionierarbeit beim Aufbau einer solchen Öffentlichkeit geleistet haben.

Wenig überraschend finden das *nicht alle* begeisterungswürdig, und das ist eigentlich erfreulich, weil das bedeutet, dass die Stabilität der Macht sich in irgendeiner Weise herausgefordert fühlt. Und das führt mich schon zu meinem Thema: Stabilitätssicherung ist etwas, das in allen Machtbeziehungen ganz zentral ist, weil das zentrale Interesse der Macht immer ist, die Macht zu erhalten. Und da scheint es in den letzten Jahrzehnten, im Rahmen des Neoliberalismus, eine neuere Entwicklung zu geben, und zwar in Richtung autoritärer, wenn nicht gar totalitärer Herrschaftsformen.

Wie es im Kontext der Krisen des Kapitalismus in den Siebzigerjahren, die zu einem Neuaufbrechen von Verteilungskämpfen geführt haben, zu diesen Entwicklungen gekommen ist, darüber will ich nicht sprechen – darüber gibt es eine reiche Literatur – ich möchte mich nur mit einigen Folgen dieser Entwicklung beschäftigen. Folgen, die für uns weitgehend unsichtbar sind, nämlich Entwicklungen in Richtung eines zunehmend autoritären und totalitären Neoliberalismus, und ich will Ihnen an einigen Beispielen zeigen, wie sich das Arsenal der Herrschafts- und Stabilitätssicherung durch ganz neue Verfahren verfeinert hat.

Beginnen möchte ich aber damit, dass ich zunächst einen Blick auf uns werfe, und zwar in den Worten des schwedischen Schriftstellers Sven Lindqvist, dessen Werk sich vor allem um Fragen des Kolonialismus und Rassismus dreht. Sven Lindqvist schreibt:

„Du weißt bereits genug. Und ich ebenso. Uns fehlt es nicht an Wissen. Woran es uns mangelt, ist der Mut, zu verstehen, was wir wissen, und Schlüsse daraus zu ziehen. (Sven Lindqvist, 1992, *Exterminate all the brutes*)

Und wir wissen in der Tat genug. Wir wissen, wie in den letzten Jahrzehnten der Sozialstaat abgebaut worden ist, wir wissen, wie sehr der Staat den Finanzmärkten preisgegeben worden ist, wir wissen, in welcher Weise die EU militarisiert wird, wir wissen, wie sehr der Sicherheits- und Überwachungsstaat ausgebaut wird, usw. Wir wissen eigentlich genug, wir schaffen es aber irgendwie nicht, die angemessenen Handlungskonsequenzen aus diesem Wissen zu ziehen.

Schopenhauer nannte einmal diese Art von Wissen „abgerissene Wissensfetzen“. Wir sind - und wir werden täglich - vollgestopft mit abgerissenen Wissensfetzen, die sich aber irgendwie nicht richtig integrieren. Wissen, das nicht verstanden wird, bleibt fragmentiert, und wir können aus einem solchen Wissen keine Handlungskonsequenzen ziehen. Ich will Ihnen das einmal anhand eines Beispiels aus einem ganz anderen Bereich, der Wahrnehmungspsychologie, illustrieren:



Bild 1



Bild 2

Hier (Bild 1) sehen Sie ein paar abgerissene Informationsfetzen, und wir haben große Schwierigkeiten zu sehen, was eigentlich der Sinnzusammenhang des Ganzen ist, in welchem Zusammenhang diese Informationsfetzen stehen.

Wenn ich jetzt dem Wahrnehmungssystem eine Möglichkeit gebe, dadurch einen Zusammenhang herzustellen, dass ich ihm Informationen darüber gebe, warum an einigen Stellen diese Informationsfetzen eben nicht sichtbar sind – ich ändere nichts an den Informationsfetzen, ich mache nur deutlich, woran die Fragmentierung eigentlich liegt, das haben Sie hier (Bild 2). Es hat sich nichts geändert, ich habe nur gezeigt, *woran* die Fragmentierung liegt, und schon erschließt sich ein Sinnganzes und wir haben überhaupt keine Schwierigkeiten, den Sinnzusammenhang zu erkennen. Wissen, das verstanden

wird, eröffnet die Möglichkeit, Handlungskonsequenzen daraus zu ziehen. Und die Frage die Lindqvist, stellt, ist: Wir haben genug Wissen, um zu handeln. Was hindert uns eigentlich daran?

Wir haben offensichtlich Schwierigkeiten, angemessene Handlungskonsequenzen zu ziehen, weil wir – aus Angst oder aus anderen Gründen – uns fürchten, uns mit den Zentren der Macht anzulegen, wir tun uns mit der Macht sehr schwer. - Und wir müssen auch einen Blick auf uns werfen, um herauszufinden, woran liegen diese Blockaden, und dazu brauchen wir natürlich ein geschichtliches Bewusstsein über all die emanzipatorischen Kämpfe, die bereits geführt worden sind, um dieses besser zu verstehen. Wir haben also eine *doppelte* Aufgabe: Wir müssen die Organisation der Macht verstehen, und wir müssen herausfinden, was uns eigentlich hindert, in einer angemessenen Weise darauf zu reagieren.

Trotzdem gab es geschichtlich immer wieder Zeiten - das war natürlich nach schrecklichen historischen Entwicklungen, nach Kriegen oder ähnlichem -, in denen man in besonderer Weise bereit war, Konsequenzen aus dem, was man wusste, zu ziehen, und einige Handlungs- und Leitprinzipien zu formulieren, in der Hoffnung, damit die Gewaltexzesse der Vergangenheit nicht mehr zu wiederholen.

Ein besonderes Beispiel ist die Zeit der Aufklärung, wo kollektive Schlussfolgerungen aus den Blutspuren, die der Mensch in der Zivilisationsgeschichte hinterlassen hat, gezogen wurden. Und zu diesen Schlussfolgerungen gehörten einige Prinzipien, insbesondere der humanitäre Universalismus, die Anerkennung einer prinzipiellen Gleichwertigkeit – nicht Gleichheit – aller Menschen. Das ist ein normatives, moralisches Prinzip, auf dem die Hoffnung basiert, diese Arten von rassistischen und anderen Gewaltexzessen vermeiden zu können.

Ein anderes Prinzip ist Demokratie. Demokratie war nicht nur Selbstzweck. Sie war einerseits Selbstzweck, als etwas, das zur Erfüllung des Menschseins gehört, über sein eigenes soziales Schicksal mitbestimmen zu können. Aber es gab auch einen pragmatischen Aspekt, nämlich die Hoffnung: in dem Moment, wo Menschen darüber beschließen, welche Handlungen sie kollektiv ausführen – und damit meint man insbesondere Krieg – würden bestimmte Handlungen nicht mehr stattfinden. Ein berühmtes Beispiel dazu ist die Kantsche Schrift vom ewigen Frieden, dass Kant sagt, in dem Moment, wo wir eine echte Demokratie haben und die Menschen darüber beschließen können, welche Gräueltaten, von denen sie selbst auch betroffen sind, durchgeführt werden, wird es keinen Krieg mehr geben oder zumindest die Wahrscheinlichkeit sehr reduziert sein. Demokratie war also auch immer ein pragmatisches Prinzip, um uns vor bestimmten Entwicklungen zu schützen, in denen man in der Geschichte viele Erfahrungen gemacht hat.

Dazu gehören:

- Alle Machtstrukturen haben ihre Existenzberechtigung nachzuweisen und sich der Öffentlichkeit gegenüber zu rechtfertigen. Wenn sie das nicht können, sind sie illegitime Machtstrukturen, und somit zu beseitigen.

- Jeder Bürger soll einen angemessenen Anteil an allen Entscheidungen haben, die das eigene gesellschaftliche Leben betreffen.
- Zentrale Bereiche einer Gesellschaft, insbesondere die Wirtschaft, dürfen nicht von einer demokratischen Legitimation und Kontrolle ausgeklammert werden.

An diese Prinzipien sollten wir uns erinnern, wenn wir bemüht sind, ein Verständnis davon zu bekommen, was eigentlich Demokratie bedeutet. Das ist der Kern von Demokratie. Da diese Prinzipien, insbesondere Demokratie, immer dazu bestimmt sind, Macht einzuhegen, sind sie natürlich bei den jeweils Mächtigen nicht auf Begeisterung gestoßen und es hat seit jeher immer antidemokratische Konterrevolutionen gegen demokratische Bewegungen gegeben. Das durchzieht die Geschichte: Immer, wenn ernsthafte demokratische Bestrebungen aufkamen, gab es massive antidemokratische Konterrevolutionen.

Jemand, der diesen in sehr wirkmächtiger Weise Ausdruck verliehen hat, ist Walter Lippmann. Hier sehen sie aus einem Spiegel Artikel von 1964:

29.04.1964

WALTER LIPPMAN

WALTER LIPPMANN

gilt als der angesehenste Journalist Amerikas, wenn nicht der Welt.
Die Auflagenhöhe seiner zweimal wöchentlich in der "Washington Post" erscheinenden Kommentare ist jedenfalls unerreicht Sie werden von 170 Zeitungen in den verschiedensten Ländern übernommen und rund zehnmillionenmal gedruckt.

Er war einer der einflussreichsten Journalisten und öffentlichen Intellektuellen der damaligen Zeit. Sie haben den Namen vielleicht schon gehört. Lippmann ist kein Reaktionär, Lippmann war eigentlich, bezogen auf die damalige Zeit, ein fortschrittlicher Denker, der versuchte, aus einer gewissen Perspektive, nämlich der der Machteliten, Wege zu finden, wie man Organisationsformen einer Gesellschaft finden kann, die einer sich zunehmend hochtechnisierenden Gesellschaft entsprechen. Lippmann war eigentlich, wenn man so will, der Vor- und Vorausdenker einer auf ‚Eliten‘ basierenden Gesellschaft.

Er ist deswegen interessant für uns, weil sich in seiner Person eine Reihe von Dingen bündeln, die bis heute ganz relevant sind, wo man sagen kann, er stand als Vordenker bei all diesen Dingen am Anfang. Einmal die Behandlung von Massenmedien und Propaganda. Lippmann hat dazu ganz entscheidende Untersuchungen gemacht, ganz berühmte Bücher geschrieben, welche die öffentliche Diskussion enorm beeinflusst haben. Und er war der Auffassung, eine moderne Gesellschaft kann nur dadurch funktionieren, dass sie durch Mittel der Propaganda die ‚Uninformierten‘ in irgendeiner Weise auf Kurs hält.

Dann war Lippmann eigentlich ein Mitbegründer des Konzepts der ‚Elitendemokratie‘, die natürlich sehr viel weiter zurückgeht, aber er hat das ganz sorgfältig ausgearbeitet und begründet, warum eigentlich Demokratie nur bedeuten kann, eine ‚Elitendemokratie‘ zu sein. Auf Lippmann geht auch die Idee der Think Tanks, die nannte er *Intelligence bureaus*, zurück. Man kann eine Machtsicherung nur bekommen, wenn man den gesamten Bereich der Öffentlichkeit mit einem Sicherheitsnetz von Think Tanks überzieht, welche die Deutungshoheit im geistigem Bereich haben. - Und Lippmann war auch schon der Vordenker des Neoliberalismus. Also, in seiner Person bündelt sich ganz viel.

Eine seiner Unterscheidungen ist genau die „verwirrte Herde“/Öffentlichkeit und die „verantwortungsvolle Elite“. Das ist eine ganz interessante Unterscheidung, und er schreibt, die breite Öffentlichkeit bestehe aus „unwissenden und lästigen Außenstehenden“, deren Rolle in der Demokratie die der „Zuschauer“ sein müsse, nicht aber die von „Mitwirkenden“.

Bürger dürften lediglich periodisch ihre Stimme einem der „verantwortlichen Männer“ übertragen und sollten sich dann wieder auf ihre kleine, überschaubare Privatwelt beschränken. - Das ist eigentlich genau das Modell, was wir heute als demokratisches [Modell haben], das geht auf Lippmann zurück.

„Die Öffentlichkeit muss an ihren Platz verwiesen werden, damit wir durch das Getrampel und Geschrei der *verwirrten Herde* nicht beeinträchtigt werden.“

(„The public must be put in its place [...] so that each of us may live free of the trampling and the roar of a bewildered herd.“)

Das sind so deutliche Worte, die würde sich heute ein Vordenker im politischen Bereich nicht mehr erlauben. Das ist das Schöne, wenn wir an die Ursprünge gehen, da werden die Dinge noch so ausgesprochen, wie sie sind. Und hier sehen Sie auch, das ist der Begriff, der auch im Titel des Vortrags vorkommt, „*die verwirte Herde*“. Das heißt, Demokratie könne nur funktionieren, sagt Lippmann, wenn sie keine ist.

Dieses Modell wurde weiterentwickelt, in prominenter Weise von Schumpeter und vielen anderen. Das ist heute unser Standardmodell einer ‚kapitalistischen Elitendemokratie‘, wo die Bürger periodisch aus einem von den Machteliten vorgegebenen Spektrum eine Auswahl treffen können, und zwar – Schumpeter sagt das ganz offen: ähnlich wie unter vorgegebenen Konsumprodukten. Das ist das Standardmodell, das Sie in allen Lehrbüchern zur Demokratie finden, das ist das Standardmodell der kapitalistischen, westlichen Demokratie.

Das ist, wenn man es ein bisschen pointiert sagt, genau die Idee der Lincolnschen Demokratie, allerdings nur für eine klitzekleine Gruppe. Das ist nämlich eine ‚Demokratie der Eliten, durch die Eliten und für die Eliten‘. Das war die klassische Lincolnsche Idee – also ohne [die Einschränkung auf] die Eliten. Das geht historisch sehr weit zurück, das steht an den Anfängen auch der amerikanischen Verfassung. Einer der

Gründerväter der amerikanischen Verfassung und auch Präsident der Vereinigten Staaten, formulierte sehr deutlich:

„Die Besitzenden und die Besitzlosen haben seit je unterschiedliche gesellschaftliche Interessen.“ (James Madison, 1787, Federalist No. 10).

Es gibt nahezu einen *grundlegenden* Antagonismus einer Gesellschaft, der dazu führt, dass es Interessen gibt, dass es Interessengegensätze gibt, die eigentlich nicht aufhebbar sind, wo man nur schauen kann, wie man damit umgehen kann. Und da zur Zeit der Amerikanischen Revolution damals - denken Sie etwa an Thomas Payne - Ideen der Demokratie zu viel Resonanz in der Öffentlichkeit fanden – das fanden die Großgrundbesitzer und Sklavenhalter bedrohlich – also haben sie genau das gemacht, was sie am Anfang gesagt haben. Sie haben auf diese Bestrebungen zu mehr Demokratie mit einer Konterrevolution geantwortet und eine Verfassung entworfen, die sichergestellt hat, dass die Stabilität gesichert ist. Das bedeutet insbesondere, so schreibt Madison:

Die zentrale Aufgabe einer Regierung sei es, „to protect the minority of the opulent against the majority“ (James Madison, *Constitutional Convention*, 26. Juni 1787).

Eine Verfassung, eine Regierung hat die Aufgabe, die Minorität der Besitzenden gegen die Majorität zu beschützen. Das ist die zentrale Aufgabe einer Verfassung, und das ist den Gründervätern in einer bis heute nachwirkenden Weise gelungen.

Das heißt: Da Demokratie in ihrem Kern Einhegung von Macht bedeutet, also einen Kampf gegen illegitime Macht, bestand die Reaktion der Machteliten seit jeher darin, ihr mit einer Konterrevolution zu begegnen, wenn die Demokratie zu viel Resonanz fand in der Öffentlichkeit.

Hier ist ein grundlegender neuerer Beitrag von einem Harvard Rechtshistoriker, der, wenn man so will, die maßgebende Arbeit hierzu geschrieben hat über die Anfänge der ‚amerikanischen Demokratie‘. Und das, was bei uns in den Lehrbüchern und in der offiziellen Erzählung als die Geburtsstunde der verfassten Demokratie gilt, nämlich die amerikanische Verfassung, bezeichnet er als eine Konterrevolution der Besitzenden. Und in seinem Buch legt er das in einer ganz großen Akribie - über 800 Seiten - dar, dass der Name ‚repräsentative Demokratie‘, damals erfunden wurde, weil man sagte: Demokratie ist ein tolles Wort, das beruhigt die Massen, die haben dann das Gefühl, sie hätten etwas zu sagen, aber das, was wir mit repräsentativer Demokratie einführen, hat mit Demokratie gar nicht zu tun, das ist die Sicherung der Elitenherrschaft.

Das war damals eine Kompromissformel, als die demokratischen Bedürfnisse immer größer wurden, kamen die Gründerväter, die ganz unterschiedliche politische Vorstellungen gehabt haben, überein zu sagen: Wir nennen das repräsentative Demokratie. Dann haben wir das, was wir wollen, das Volk mault aber nicht mehr, weil es ja Demokratie hat.

„*Repräsentative Demokratie*“ war die historische Zauberformel, die es ermöglicht, dem Namen nach eine Demokratie zu haben und zugleich die Herrschaft der Eliten zu sichern und die Eigentumsordnung zu schützen.

„The convention’s predominant bent was not only nationalist but also striking antidemocratic – even by standard of the time.“ (Michael J. Klarman, 2016. *The Framers’s Coup: The Making of the United States Constitution*. Oxford University Press).

Klarman schreibt, die ganze Intention war grundlegend *antidemokratisch*, wir haben es wirklich mit einer Konterrevolution zu tun. Das heißt, das, worum es geht, durchzieht eigentlich von Anfang an bereits die Geschichte.

Wie geht es weiter? Machen wir einen großen Sprung, und dann sehen Sie, dass selbst zu einer Zeit – wir reden jetzt über 1968 – als viele der Auffassung waren, dass die sehr delikate Symbiose, die es eine Zeit lang in der Tat gab, von Demokratie und Kapitalismus, doch noch weitgehend intakt war, Sebastian Haffner schreibt:

„Nominell leben wir in einer Demokratie. Das heißt: Das Volk regiert sich selbst. Tatsächlich hat, wie jeder weiß, das Volk nicht den geringsten Einfluss auf die Regierung, weder in der großen Politik noch auch nur in solchen administrativen Alltagsfragen wie Mehrwertsteuer und Fahrpreiserhöhungen...“

Das entmachtete Volk hat seine Entmachtung nicht nur hingenommen – es hat sie geradezu liebgewonnen.“ (Sebastian Haffner, 1968)

Das ist entsetzlich. - Also Sebastian Haffner hat mit der für ihn charakteristischen Sensibilität für Risse und Widersprüche im Gefüge genau diesen Punkt erkannt, und zwar zu einer Zeit, als viele noch der Auffassung waren, die Symbiose von Kapitalismus und Demokratie ist weitgehend intakt.

Mehr als 40 Jahre später haben wir eine entsprechende *empirische* Untersuchung. Die Dinge haben sich in diesen 40 Jahren natürlich nicht zum Besseren gewandt. Und diese empirische Untersuchung der Princeton University zeigt: 70% der Bevölkerung – nämlich die unteren 70% auf der Einkommens- und Besitzskala – haben überhaupt keinen Einfluss auf politische Entscheidungen (Gilens, M. & Page, B.I. (2014) *Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens*. *Perspectives on Politics* 12, 564-581.)

Das heißt, das Konzept der ‚Elitendemokratie‘ wurde verwirklicht, denn wenn 70% überhaupt keinen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, dann ist das ein ganz toller Prozess der Stabilitätssicherung.

Zuvor bereits hatte einer der bedeutendsten Demokratietheoretiker des letzten Jahrhunderts, Sheldon Wolin, mit 86 Jahren noch einmal ein einfach zu lesendes, nicht-technisches Buch veröffentlicht, das die wohl klarste und schonungsloseste Analyse des gegenwärtigen Zustands unserer Demokratie gibt. Darin unterscheidet er einen klassischen Totalitarismus (wie den Faschismus).

Klassischer Totalitarismus:

- Auf Massenmobilisierung angewiesen
- Wirtschaft dem Staat untergeordnet
- Gewalt gegen Dissidenten sichtbar
- Einschränkung des Meinungsspektrums sichtbar
- ...

(Sheldon Wolin (2008). *Democracy Incorporated: Managed Democracy and the Specter of inverted Totalitarianism*. Princeton University Press.)

Wolin sagt, mit dem, was sich mittlerweile herausgebildet hat, mit dem autoritären Neoliberalismus, haben wir eine ganz neue Form des Totalitarismus, die für uns weitgehend unsichtbar ist. Und die deswegen das große Problem mit sich bringt, dass wir für diese *neue* Form des Totalitarismus eigentlich für die Abwehr nicht gerüstet sind. Das macht es für uns so schwer, mit diesem neuen Totalitarismus umzugehen.

Er sagt, was sind die Merkmale dieses neuen Totalitarismus, den er den „umgekehrten Totalitarismus“ nennt:

- „Demobilisierung von Bürgern zu passiven Konsumenten durch Herbeiführen von Unsicherheit, Angst und Apathie“
- Staat und Gesellschaft der Wirtschaft untergeordnet
- Gewalt gegen Dissidenten unsichtbar
- Einschränkungen des Meinungsspektrums unsichtbar
- ...

„Das neue System, der umgekehrte Totalitarismus, übt eine totalitäre Gewalt aus, ohne Konzentrationslager zu errichten, ideologische Einheitlichkeit zu erzwingen oder die Dissidenten gewaltsam zu unterdrücken, solange sie unwirksam bleiben.“

Man kann bei uns alles machen, man kann jede Meinung äußern, jetzt kommt die wichtige Voraussetzung: solange sie unwirksam bleibt! Sobald etwas anfängt, die Stabilität zu gefährden, zeigt der Staat bzw. die entsprechenden Machtgruppierungen ganz andere Seiten – darauf kommen wir noch zu sprechen.

Er sagt: „The *United States* has become the showcase of how democracy can be managed without appearing to be suppressed.“ Die USA sind das Musterbeispiel, wie eine Demokratie gemanaged werden kann, ohne dass sie als unterdrückt erscheint.

Also, wir finden in dem Buch dieses bedeutendsten Demokratietheoretikers eine klare Analyse einer neuen Form von Totalitarismus, die es in der Geschichte bisher nicht gegeben hat. Wo wir große Schwierigkeiten haben, sie als Totalitarismus zu identifizieren – auch darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Wie immer finden sich natürlich zu allen politischen Thesen, die den Mächtigen nutzen, bereitwillige Intellektuelle, die versuchen, diesem Totalitarismus den Schein einer Vernunftrechtfertigung zu geben. Hier haben Sie gerade ein gegenwärtiges Beispiel, das ist viel

durch das Fernsehen und die Presse gegangen, weil natürlich unsere Leitmedien begeistert darüber sind, dass einer das endlich mal ausspricht. Brennan sagt, dass:

„... die meisten Bürger tatsächlich eine moralische Pflicht haben, sich nicht an Wahlen zu beteiligen...(weil sie politisch eigentlich zu blöd dafür sind)

... gelange ich zu dem Schluss, dass manche Bürger kein Wahlrecht oder ein im Vergleich zu anderen Bürgern, eingeschränktes Wahlrecht haben sollten.“ (Brennan, Jason. *Gegen Demokratie: Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen*. Ullstein Buchverlage, 2017.)

Es gibt den Vorschlag, in den Wahlkabinen Intelligenztests auszulegen, und man darf nur dann weitermachen, wenn man einen bestimmten Wert in diesem... - Es gibt nichts, was diese „Hirne“ sich nicht ausdenken, und das Beschämende – aber das kennen Sie auch aus der Geschichte – es finden sich immer genügend bereitwillige Intellektuelle, die versuchen, dem eine Rechtfertigung zu geben. Und die Medien und Fernsehen waren begeistert über dieses Buch.

Jetzt will ich schnell einen Blick auf die *traditionellen* Wege der ‚Stabilitätssicherung‘ werfen, das möchte ich kurz in Erinnerung rufen. Denn eigentlich wollen wir ja über die *neuen* Wege der ‚Stabilitätssicherung‘ reden. Die Situation traditionell war eigentlich, auch beim Feudalismus, man konnte den Lehensherren/ König/ Feudalherren sehen, die waren sichtbar. Die Zentren der Macht waren traditionell in irgendeiner Weise weitgehend sichtbar.

Madison sagt:

„Die Besitzenden und die Besitzlosen haben sei je unterschiedliche gesellschaftliche Interessen.“

Es gibt einen *Antagonismus* zwischen den Machthabern und den Machtunterworfenen, und wir müssen jetzt sehen, wie wir mit einem solchen Antagonismus umgehen. Wichtig ist aber, und daran müssen wir uns immer wieder erinnern: gesellschaftliche Auseinandersetzungen sind ihrer Natur nach immer antagonistisch, sie sind Auseinandersetzungen zwischen grundsätzlich unterschiedlichen Arten von Interessen.

Der große Holzschneider Gerd Arntz hat das in den dreißiger Jahren in einer Vielfalt von Arbeiten sehr prägnant künstlerisch dargestellt – die Antagonismen zwischen denen, welche die Macht haben und denen, die der Macht unterworfen sind.

Ein wichtiger Trick zur Stabilitätssicherung war jetzt immer, zu leugnen, dass diejenigen, die der Macht unterworfen sind, überhaupt gemeinsame Interessen haben: Wenn ich das bewerkstelligen kann, zu leugnen, dass es diese Antagonismen gibt, dann habe ich natürlich schon einen Großteil erreicht, weil ich den Zusammenhalt der Machtunterworfenen damit gestört habe.

Chomsky sagt in seinem gerade erschienenen Buch „Requiem für einen Amerikanischen Traum“:

„Wer Macht besitzt, will sich auch sein Klassenbewusstsein erhalten, das aller anderen aber möglichst unterdrücken.“
(Noam Chomsky (2017). *Requiem für einen Amerikanischen Traum*. München: Kunstmann)

Wie Warren Buffett sagt: „Wir haben einen Klassenkampf, und die Klasse der Reichen wird gewinnen.“ Diejenigen, welche die Macht haben, bestehen auf einem Klassenbewusstsein, sie versuchen aber, das der anderen zu leugnen oder zu unterdrücken. - Chomsky schreibt ja manchmal ein bisschen schwer zu lesen, aber das ist ein wunderbares Buch in ganz leichten Worten geschrieben. Es hat den Untertitel: „10 Prinzipien der Konzentration von Macht und Reichtum“, und Chomsky arbeitet im Grund in gleicher Weise wie Arntz das hier in der Kunst macht. Fast holzschnittartig arbeitet er die wichtigsten 10 Prinzipien der Stabilisierung von Macht und der Konzentration von Reichtum heraus.

Was sind die *traditionellen* Wege der Stabilitätssicherung? Einen Weg hatten wir schon: die amerikanische Verfassung/repräsentative Demokratie – man macht es über die Verfassung, man baut in die Verfassung Mechanismen der Stabilitätssicherung ein - und das Wahlverfahren, periodisch, alle 4 Jahre, aus einem von den ‚Eliten‘ vorgegebenen Spektrum eine Auswahl treffen zu dürfen, ist bereits eine wichtige Methode der Stabilitätssicherung.

Man kann es also über die Verfassung machen. Man kann es aber auch über staatliche Gewalt machen, das heißt, über eine *Akzentuierung* von Antagonismen. Staatliche Gewalt macht sozusagen jedem deutlich, wo die Macht sitzt. Oder man macht es über Indoktrination, und bei Indoktrination ist natürlich eine Technik: zu *leugnen*, dass es überhaupt einen solchen Antagonismus gibt, also die *Verschleierung* von Antagonismen.

Ein weiterer Weg - Herr Müller hatte das schon angedeutet mit dem Vortrag von von Bülow - ein weiterer wichtiger Weg von Stabilitätssicherung ist es, in den Demokratien Stabilitätskerne einzuziehen, die einer demokratischen Kontrolle grundlegend entzogen sind und die in extremer Weise autoritär organisiert sind. Wir bauen also eine Gesellschaft auf, in der es feste autoritäre Kerne gibt, auf welche die Bevölkerung überhaupt keinen Zugriff hat und die einer demokratischen Kontrolle entzogen sind. Der militärische Bereich ist ein solcher Kern, und der große Soziologe Lasswell hatte schon in den 40er Jahren geschrieben: „Wir bewegen uns auf eine Welt von „Garnisonsstaaten“ („garrison states“) zu – eine Welt, in der die Fachleute für Gewalt die mächtigste Gruppe der Gesellschaft sind.“ (Harold Lasswell, 1941)

Wie kann ein Gemeinwesen demokratisch funktionieren, wenn die mächtigste Gruppe im Staat die Fachleute für Gewalt sind, die natürlich ein Interesse daran haben, ihr Fachwerk auch auszuüben?

Ein zweiter Stabilitätskern - sind autoritäre Machtstrukturen - sind die Geheimdienste. Die USA verfügen über 17 Geheimdienste mit einem offiziellen Budget 2016 von 53 Milliarden Dollar. Die wichtigsten Dienste sind: CIA, NSA, NRO, NGA, DIA und FBI. In den USA sind 1.271 staatliche Organisationen und 1.931 private Firmen mit insgesamt fast einer Million beteiligter Personen in Programme eingebunden, die unter dem Banner „counterterrorism“

und „homeland security“ weitgehend eigenständige und autoritär organisierte Strukturen bilden. (Dana Priest & William Arkin (2011). *Top Secret America: The Rise of the New American Security State*. New York: Little Brown.)

Das sieht bei uns höchstens quantitativ, aber nicht qualitativ, anders aus. Verfassungsschutz und Geheimdienste haben sich längst einer demokratischen Kontrolle entzogen, auch in Deutschland, und bilden eigenständig organisierte, grundlegend autoritäre Strukturen. Die Existenz solcher autoritärer Stabilitätskerne sichert natürlich die Stabilität der jeweiligen Macheliten. Das sind die traditionellen Kerne, die finden Sie durch die gesamte Geschichte.

Eine weitere traditionelle Methode ist einfach nackte Gewalt. Wenn sich die Lebensbedingungen der Machtunterworfenen dramatisch verschlechtern, dann führt das in der Regel dazu, dass diese sich zu solidarischen Aktionen organisieren. - Solidarität gefährdet immer den Status herrschender ‚Eliten‘ und muss zerschlagen und unterbunden werden.

Und ein berühmtes Beispiel ist das Ludlow Massaker von 1914. Da gab es die Bergleute in Colorado, die unter entsetzlichen und extrem menschenunwürdigen Bedingungen gelebt haben. Das waren vorwiegend Immigranten - und hier haben wir eine weitere interessante Technik: diese unterschiedlichen Gruppen von Immigranten wurden so gemischt, dass jeder Zusammenhalt, oder die Entstehung eines sozialen Zusammenhalts, eigentlich unmöglich wurde. Unter diesen extremen Lebensumständen kam es zu Streiks. Auch bei den Streiks wurden wieder verschiedene Migrantengruppen gegeneinander aufgehetzt. Es kam dann zum Einsatz von privaten Sicherungsfirmen - die gab es auch damals schon - als Streikbrecher. Und schließlich zum Einsatz der Nationalgarde, was dann in dem bekannten Massaker geendet hat. Das ist nackte, staatliche Gewalt zur Stabilitätssicherung.

Der Eigentümer dieser Bergwerke war die Rockefeller Familie, die durch dieses Massaker in den Fokus der Öffentlichkeit geriet, und schon John Rockefeller Junior beauftragte dann einen damals bereits ganz berühmten PR-Fachmann, sein Image wieder zu verbessern. Ein Mittel dazu war, dass er einen Großteil seines Vermögens in eine Stiftung einbrachte, das ist die Geburtsstunde der Rockefeller-Stiftung. Und innerhalb von wenigen Jahren wurde er vom meistgehassten Menschen Amerikas zu einem bewunderten Philanthropen. Das ist übrigens auch eine der Geburtsstunden der Public-Relation-Industrie. Diese PR-Umwandlung der ruchlosesten Oligarchen zu Philanthropen wurde in den USA zu einer höchsten Perfektion entwickelt.

Wir können also an diesem Beispiel viele der traditionellen Komponenten der Macht-sicherung bereits erkennen: spalten usw. Und was wir eigentlich brauchen wäre eine Art Lehrbuch emanzipatorischer Bewegungen. Unser soziales, historisches Gedächtnis, das kollektive, ist unglaublich schlecht. Es ist bewusst schlecht, es wird sozusagen schlecht gemacht. Wir bräuchten ein Lehrbuch emanzipatorischer Bewegungen, in dem all diese Techniken analysiert werden. Das sind ganz hochinteressante Situationen, aus denen wir viel lernen können. Und zugleich auch, dass uns unsere Schwachstellen, die dabei genutzt werden - vor allen Dingen über Spaltungsmechanismen - vor Augen geführt werden. Wenn wir uns an die historischen Erfahrungen emanzipatorischer Bewegungen nicht erinnern -

und das geschieht natürlich mit Absicht -, dann sind wir dazu verdammt, die Erfahrung des Scheiterns ewig zu wiederholen. Das ist ein ganz großes Problem: Wir können aus diesen historischen Beispielen ganz viel lernen für die Gegenwart und für die Zukunft.

Ein zweites Beispiel will ich Ihnen nennen, weil es der endgültige Sieg bzw. die Geburtsstunde des Neoliberalismus ist, nämlich die Zerschlagung der Gewerkschaften in England. Den Bergarbeiterstreit in England kann ich ganz kurz behandeln, das finden Sie alles sogar bei Wikipedia. Da können wir die Mechanismen studieren der exzessiven Polizeigewalt, wie durch eine exzessive Polizeigewalt Gewalt provoziert wurde, die dann wieder als Vorwand für weitere Gewalt genommen wurde. Und wir können hier ein schon hochverfeinertes Arsenal studieren, wie durch Spaltungsmechanismen verschiedene gewerkschaftliche Bewegungen gespalten und gegeneinander aufgehetzt worden sind, so dass innerhalb relativ kurzer Zeit eine sehr solidarische Aktion in sich zusammenfiel.

Eine wichtige Rolle spielten auch dabei natürlich wieder die Medien. Interessanterweise waren die Filme, welche die BBC damals zeigte, so, dass man in den Filmen immer zuerst irgendwelche Bergleute sah, die irgendeinen Stock schwangen oder ähnliches taten, und dann die berittene Polizei darauf losging. Später tauchten dann Filme auf, die zeigten: Diese Reihenfolge war genau umgekehrt: Zuerst hat die Polizei mit der Gewalt angefangen, dann haben sich die Bergleute gewehrt. Die BBC konnte da nichts dagegen sagen, und sagte dann: „Der Redakteur hat versehentlich die Reihenfolge der Aktionen der Polizei und der Streikposten umgekehrt.“ (BBC 1991) - Damit war aber das Problem der exzessiven Polizeigewalt nicht thematisiert. Es wurde weiterhin geleugnet. Erst sehr viel später tauchten private Filme auf, die das unglaubliche Ausmaß an Polizeigewalt zeigten, und auch da konnte die BBC dieses nicht mehr leugnen. Sie sagte aber weiterhin:

„Das BBC-Reporterteam hatte wegen eines Kamerafehlers keine Polizei-Gewalt aufzeichnen können.“ (BBC 2014)

Komischerweise haben wir eine Kamera verwendet, die immer genau dann aussetzt, wenn es Polizeigewalt gibt. Sie sehen also an diesem Beispiel: auch das gehört in unser Lehrbuch emanzipatorischer Bewegungen. Wir sollten all diese Fälle wirklich akribisch studieren, es lohnt sich. Wir finden dort all die Elemente, die weiterhin gültig sind. Auch an der Rolle der Medien hat sich bis heute nichts geändert.

Werfen wir einen kurzen Blick auf die Medien. Das Thema ist ja eigentlich ausdiskutiert und für NachDenkSeiten-Leser redundant, aber wir können trotzdem nochmal einen kurzen Blick darauf wagen. Lippmann sagt geradezu beiläufig - er macht daraus gar keinen großen Punkt - er sagt: „News and truth are not the same thing, and must be clearly distinguished.“ (Walter Lippmann, Public Opinion 1922)

Nachrichten und Wahrheit haben nichts miteinander zu tun. Das dürfte man heute nicht sagen. Es sagt also, wenn man es etwas pointiert formuliert: Der Ausdruck Fake News ist eigentlich doppelt-gemoppelt!

Das Interessante ist jetzt, die Medien sind durch ein in den letzten Jahrzehnten eingetretenes, auch historisch seltenes Maß an Homogenisierung und ein Sich-in-den-Dienst-

Stellen [in] transatlantische Machtverbindungen erneut in den Fokus geraten. Das Interessante und Überraschende ist, dass die Medien über diese Diskussion überrascht sind. Und das zeigt vor allen Dingen, wie sich in den letzten Jahrzehnten der öffentliche Diskussionsraum extrem verengt hat, denn die Diskussion der Rolle der Medien und auch die grundlegende Kritik, die an die Wurzel geht, die ist so alt wie die Medien selbst. Es wird aber heute so getan, als könnte das nur eine Außenseiterposition sein, die sozusagen als extremistische Position absurd ist. Auch da ist wieder wichtig, das historische Gedächtnis zu behalten, und sich daran zu erinnern, dass diese Kritik an den Medien – und zwar in oft viel radikalerer Weise als wir das heute gewohnt sind – von Anfang an formuliert wurde.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Upton Sinclair hat 1919 ein Buch geschrieben, das war so einflussreich und so wichtig, dass es sogar ins Deutsche übertragen wurde. Das kann man nachlesen.

„Der Journalismus ist eines der Mittel, durch die eine wirtschaftliche Autokratie die Demokratie kontrolliert; es ist die alltägliche Propaganda zwischen den Wahlen, durch die das Bewusstsein der Bürger in einem Zustand der stillschweigenden Billigung gehalten wird, ...“

„...whereby the minds of the people are kept in a state of acquiescence, so that when the crisis of an election comes, they go to the polls and cast their ballots for either one of the two candidates of their exploiters.“ *The Brass Check*, 1919 bzw. *Der Sündenlohn. Eine Studie über den Journalismus*, 1921)

Diese Diskussion hat es immer gegeben, und die interessante Frage, die sich für uns stellt, ist die Frage: Warum ist der öffentliche Diskussionsraum in einer geradezu unerträglichen Weise zusammengeschrumpft?

Die Situation ist heute natürlich sehr viel ärger. Sie kennen wahrscheinlich die Daten: 1985 waren es noch ca. 80 Konzerne, welche die Medien kontrollierten. In den USA sind es heute 6 Konzerne, die 90% der Medien kontrollieren. Also, die Situation hat sich gegenüber den Zeiten von Upton Sinclair extrem verschärft.

Upton Sinclair ist auch deswegen interessant, weil er den Blick auf einen anderen Mechanismus der Stabilitätssicherung geworfen hat, der heute etwas aus dem Fokus gerät. Nämlich den alltäglichen Opportunismus. Er schreibt:

„Es ist schwierig, einen Menschen dazu zu bringen, etwas zu verstehen, wenn sein Gehalt gerade davon abhängt, dass er es nicht versteht.“ (Upton Sinclair, 1935)

Das heißt, mit welchen Mechanismen kriegt man die Leute zu einem induzierten Nicht-Verstehen? Das schafft man damit, dass man daran kleine Vorteile bindet: Karrierevorteile, Gehalt, alle möglichen Dinge.

Das nennt man gelegentlich in den politischen Wissenschaften die Kooptation. So kann man Intellektuelle, Experten, Journalisten, über die Banalität des Opportunismus binden.

Und Pieter Bruegel d.J. hat dazu eine sehr treffende Bildmetapher gefunden, schon vor über 500 Jahren:



Die Bildmetapher sagt: Wenn Du mir die Stiefel leckst - oder genauer steht da wörtlich: wenn Du mir die Stiefel aufbläst - schlage ich Dir Geld.

Das sind genau die Mechanismen, die offensichtlich fast anthropologische Prinzipien sind, wo wir gefährdet sind, den Mächtigen die Stiefel zu lecken. Zu allen Zeiten sind das andere Gruppierungen.

In der Gegenwart werden Sie viele Beispiele finden: Politik, Journalismus und Medien sind durchzogen von transatlantischen Stiefelleckern - und bei, sagen wir, Cem Özdemir, finden Sie ein sicherlich besonders lehrreiches Beispiel, um diese Bruegel-Prinzip zu studieren.

Also: die Methode der Stabilitätssicherung ist eine institutionalisierte Kooptation. Wir bauen das in verschiedene Institutionen ein. Die Karrieremechanismen im Journalismus, an der Universität, in anderen Bereichen, sind so gebaut, dass die Kooptation etwas ist, was sich für den Einzelnen lohnen kann. Parallel dazu gibt es eine internalisierte Kooptation, man legt das sozusagen in die Person und man macht sich das zu eigen. Und man glaubt dann das wirklich, was man vertritt.

Jetzt kommen wir zu dem Neuen.



Was ist neu, was hat sich gegenüber den traditionellen Methoden der Stabilitätssicherung geändert? Und das Stichwort, unter dem der Neoliberalismus seinen Siegeszug angetreten hat, ist: *Globalisierung*. Und wir müssen uns ansehen, welche Bewandnis hat es damit, und wieso schafft das die Notwendigkeit neuer Methoden der Stabilitätssicherung?

Mit der ‚Globalisierung‘ wurden ja traditionelle Methoden oder Möglichkeiten, mit denen der alte Kapitalismus zeitweilig wenigstens halbwegs seine sozialen Folgen abfedern konnte, beseitigt.

Das führt zu etwas, was David Harvey sagt: „...die *Globalisierung* ist ein Projekt zur Wiederherstellung der Macht des Kapitals über die Arbeit.“ Mit der ‚Globalisierung‘ trat eine extreme Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten des Kapitals ein. Und ein Punkt, welcher der emanzipatorischen Bewegung sehr zu schaffen macht, ist, wie Perry Anderson, das ist ein großer Sozialhistoriker, schreibt: „Der Internationalismus hat die Fronten gewechselt.“ Das ist fürchterlich, weil der Internationalismus gerade die Hoffnung emanzipatorischer Bewegungen war. - Eigentlich muss man sagen: der Internationalismus scheint die Seiten gewechselt zu haben, denn Internationalismus war eigentlich ein emanzipatorisches Projekt. Jetzt wird Internationalismus ein Projekt des Finanzkapitals, und damit wird die Idee des Internationalismus neoliberal vergiftet. Das ist auch für Linke und für emanzipatorische Bewegungen ein ganz großes Problem, wie man damit umgeht, dass die Idee des Internationalismus gekapert wurde. Also müssen wir uns ansehen, welche Bewandnis hat es eigentlich mit der ‚Globalisierung‘?

Und dazu müssen Sie immer, wenn Sie sich mit Neoliberalismus beschäftigen, ganz kritisch auf die Sprache schauen, weil die Worte im Neoliberalismus vergiftet sind. Der Neoliberalismus lebt von seinem *Falschwörterbuch*, jedes Wort bedeutet eigentlich das Gegenteil von dem, was es zu bedeuten scheint.

Hayek hatte eine gewisse Faszination für die Strategien des Bolschewismus und für die Möglichkeiten, dass man Macht nur dadurch erringen kann, dass man das Denken besetzt. Deswegen hatte Hayek [ihn] studiert:

„Die erfolgreichste Technik besteht darin, die alten Worte beizubehalten, aber ihren Sinn zu ändern.“ (Friedrich Hayek (1994), *Der Weg in die Knechtschaft*)

Da war er ein sehr gelehriger Schüler des Bolschewismus. Die Beispiele kennen Sie alle aus dem Falschwörterbuch des Neoliberalismus:

Falschwörterbuch des Neoliberalismus:		
„Freiheit“	≠	Freiheit
„Reformen“	≠	Reformen
„Stabilität“	≠	Stabilität
„freier Markt“	≠	freier Markt
„Freihandel“	≠	Freihandel
„Globalisierung“	≠	Globalisierung

Nichts bedeutet das, was es zu bedeuten scheint. Darauf müssen wir nicht näher eingehen. Dazu gehört aber auch das Wort „Globalisierung“. „Globalisierung“ hat mit Globalisierung so gut wie nichts zu tun. Also schauen wir uns nun an, was sind Eigenschaften und Folgen der ‚Globalisierung‘? Das wird etwas kleinfuzzelig, aber danach können wir es gleich wieder auflösen:

Eigenschaften und Folgen der ‚Globalisierung‘

- **extreme Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit**
- Herrschaft und Gewalt werden zunehmend von privaten Akteuren ausgeübt.
- **nationaler Sozialstaat** wird zu **internationalem Wettbewerbsstaat** umgebaut
 - Produktivität und Reallöhne entwickeln sich massiv auseinander
- Reiche werden von Beiträgen zur Gemeinschaft ‚entlastet‘, ihre Möglichkeiten für leistungslose Einkommen („*growing rich in sleep*“) gefördert.
 - Aufstiegschancen, Reichtum und Armut werden innerhalb abgegrenzter sozialer Gruppen ‚vererbt‘ („*Refeudalisierung*“).
- Die Rechtsentwicklung wird vom demokratischen Prozess entkoppelt und reprivatisiert.
 - neuer **autoritärer Konstitutionalismus** für das Kapital, der neue Formen von Eigentumsrechten zu legitimieren sucht und rechtliche Beschränkungen gegen Alternativen zum „*disziplinierenden Neoliberalismus*“ einführt
- ...

Die Mechanismen für leistungslose Einkommen nannte John Locke im Feudalismus „*growing rich in sleep*“. Das ist ein ganz toller Mechanismus, an den kann man sich gewöhnen, und wer sich an ihn gewöhnt, möchte ihn auch ungerne wieder abgeben. Da wurden ganz neue Instrumente geschaffen, wie man im Schlaf reich werden kann durch ein leistungsloses Einkommen: Aktien, Grundbesitz, und was es dort alles gibt. Das sind typische feudalistische Strukturen. Die Vererbbarkeit im Feudalismus haben wir nun etwas abstrakter auf diesen Ebenen („Refeudalisierung“). Außerdem blockieren wir auf Rechtswegen bereits die Möglichkeit, Alternativen einzuziehen.

Wenn Ihnen diese Differenzierung und Nuancierung zurecht zu kompliziert erscheinen, dann können Sie getrost ohne allzu großen Verlust an gedanklicher Subtilität dafür einfach „Umverteilung“ sagen, das reicht:

Eigenschaften und Folgen der 'Globalisierung'

- **extreme Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit**
- Herrschaft und Gewalt werden zunehmend von privaten Akteuren ausgeübt.
- **nationaler Sozialstaat** wird zu **internationalem Wettbewerbsstaat** umgebaut
 - Produktivität und Reallöhne entwickeln sich massiv auseinander
- Reiche werden von Beiträgen zur Gemeinschaft ‚entlastet‘, ihre Möglichkeiten für leistungslose Einkommen („*growing rich in sleep*“) gefördert
 - Aufstiegschancen, Reichtum und Armut werden innerhalb abgegrenzter sozialer Gruppen ‚vererbt‘ („*Refeudalisierung*“).
- Die Rechtsentwicklung wird vom demokratischen Prozess entkoppelt und repräsentiert.
 - neuer **autoritärer Konstitutionalismus** für das Kapital, der neue Formen von Eigentumsrechten zu legitimieren sucht und rechtliche Beschränkungen gegen Alternativen zum „*disziplinierenden Neoliberalismus*“ einführt
- ...

Umverteilung ist das eigentliche Ziel all dieser Mechanismen. Das heißt, es werden neue Stabilisierungsmechanismen eingeführt. Eine Umverteilung von unten nach oben, von Süd nach Nord, von der öffentlichen in die private Hand – das ist der Sinn dieser ganzen Aktionen.

Wenn wir uns jetzt fragen, wie international ist eigentlich die ‚*Globalisierung*‘, was wird da eigentlich globalisiert, und zu wessen Nutzen wird eigentlich globalisiert? Wir schnüren das Wort *Globalisierung* jetzt mal auf und schauen uns an, was ist denn nun *global* an der ‚*Globalisierung*‘, dann kommen überraschende Dinge zutage.

‚*Globalisierung*‘ ist wesentlich ein US-Projekt.

„Die entscheidenden Kräfte für einen Wandel zum disziplinierenden Neoliberalismus kamen aus den Vereinigten Staaten.“ (Stephen Gill (2008). *Power and Resistance in the New World Order*. New York: Palgrave Macmillan.)

Was sagen die Vertreter dieser ‚Globalisierung‘ selbst? Ich zitiere Ihnen und im Folgenden auch, weil er einfach so schön ist, den Chefkomentator der New York Times. Ein glühender Vertreter der ‚Globalisierung‘ und des Neoliberalismus, und viele andere Dinge. Nicht, weil er wie Lippmann ein brillanter Vor- und Vorausdenker ist, sondern weil er sehr wortmächtig ist. Er hat tolle Metaphern, und er drückt genau das aus, was die herrschenden Eliten in weniger kraftvoller Weise ausdrücken. Friedman bringt die Sachen immer wunderbar auf den Punkt und wir können uns ganz viel sparen, wenn wir einfach sagen: „Also, so ist es.“

„Globalization is us.“ (Thomas L. Friedman, 1997)

Sie können auch das „us“ großschreiben, dann haben Sie es noch prägnanter. ‚Globalisierung‘ ist ein US-Projekt, und hier wird er noch etwas feierlicher, und sagt: Die USA sind „ein spiritueller Wert und ein Vorbild“ für eine „gesunde globale Gesellschaft“. So, wie es keine Alternative zum globalen Konzernkapitalismus gibt, „gibt es kein besseres Modell für diese gesunde globale Gesellschaft auf Erden als die USA.“ (Thomas L. Friedman, *The Lexus and the Olive Tree*, 1999)

Wir sind die beste aller möglichen Welten und müssen dieses Modell auf die gesamte globale Gesellschaft übertagen. Das ist ein religiöser Impetus.

Ein einflussreicher Militärstrategie der USA sagt:

„Je stärker sich ein Land einer Globalisierung verweigert, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Intervention der Vereinigten Staaten.“ (Thomas P.M. Barnett (2004). *The Pentagon's New Map: War and Peace in the Twenty-First Century*.)

Das ist sehr interessant, weil es einen Blick wirft auf die Nutznießer. ‚Globalisierung‘ ist kein humanitäres Projekt zur Verbesserung der Bedingungen der Menschheit, sondern wer sich der „Globalisierung“ verweigert, riskiert eine militärische Intervention.

Das sind ja zunächst nur Aussagen. Jetzt schauen wir uns *empirische* Daten an: Sean Starrs, ein Ökonom, hat dazu eine Untersuchung gemacht und festgestellt, dass amerikanischen Konzerne unter den weltweit führenden 2.000 Unternehmen in 18 von 25 Segmenten eine führende Rolle und in 10 Bereichen sogar eine beherrschende Rolle haben. (Sean Starrs (2013). American Economic Power Hasn't Declined – It Globalized! Summoning the Data and Taking Globalization Seriously. *International Studies Quarterly*, 57, 817-830.)

Das heißt: auch empirische Studien zeigen uns, ‚Globalisierung‘ heißt eigentlich, eine globale Verteilung, sozusagen eine Reorganisation der Macht amerikanischer Konzerne.

„Die US-Elite-Netzwerke kontrollieren ein gigantisches Machtgeflecht mit umfangreicher ökonomischer und militärischer Macht. Finanz- und

Unternehmenseliten im Zentrum des US-amerikanischen Staatsapparates beherrschen eine Reihe von Institutionen, die sowohl die Kreditschöpfung als auch die globale Produktion kontrollieren.“ (Herman Mark Schwartz (2017). Elites and American structural power in the global economy. *International Politics*, 1-16. ; siehe auch: W.K Carroll & J.P. Sapinski (2016) Neoliberalism and the transnational capitalist class. In: S. Springer, K. Birch & K. MacLeavy (eds.) *Handbook of Neoliberalism*, London: Routledge.)

Das heißt: Das Wort Globalisierung hat nichts mit unseren traditionellen Vorstellungen von Internationalisierung zu tun. Wir dürfen, wie bei allen neoliberalen Begriffsumdeutungen, dem Begriff ‚Globalisierung‘ nicht auf den Leim gehen.

Es gibt noch eine interessante Studie der City Bank, die auch relativ bekannt geworden ist, die das alles genau anerkennt. Sie sagt: die ‚Globalisierung‘ führt gerade dazu, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinandergeht, und ein immer kleiner werdender Kreis von Reichen die Entwicklung einer Volkswirtschaft kontrolliert. Und dann sagen sie: das könnte zu Unbehagen führen, weil es das emanzipatorische Potential erhöht, das könnte die Stabilität gefährden. Sie anerkennen also die Analysen und sagen, das ist eigentlich schlecht, das erhöht das emanzipatorische Potential. Dann beruhigen sie aber die Investoren und sagen: doch noch ist es nicht soweit.“

„Unsere Schlussfolgerung ist, dass es wahrscheinlich irgendwann zum Widerstand gegen die Plutonomien kommen wird. Doch noch ist es nicht soweit.“ (*Plutonomy: Buying Luxury, Explaining Global Imbalances*, Citigroup, Equity Strategy, Industry Note 2005).

Das ist interessant, diese Beruhigung der Investoren. Und wenn Sie so wollen, liegt unsere Aufgabe gerade darin, diese Vorhersagen zu falsifizieren.

‚Globalisierung‘ ist ein ganz einseitiges Projekt. Wie kann ein so einseitiges Projekt durchgesetzt werden? Nun, es ist wenig überraschend, dass die US-Globalisierung auf staatliche Gewalt angewiesen ist. ‚Globalisierung‘ ist also nicht zu trennen von den an die tausend US-Basen, die den Globus überspannen und in ca. 1/3 der Länder der Welt installiert sind. Auch da spricht Friedman wieder Klartext.

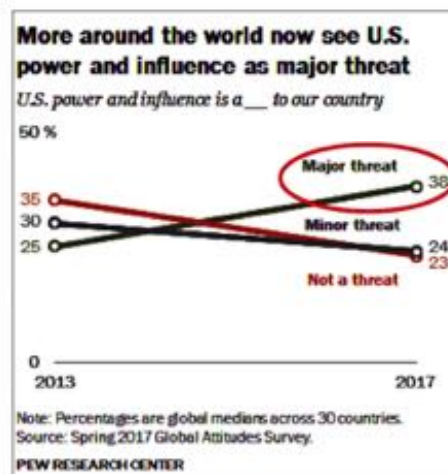
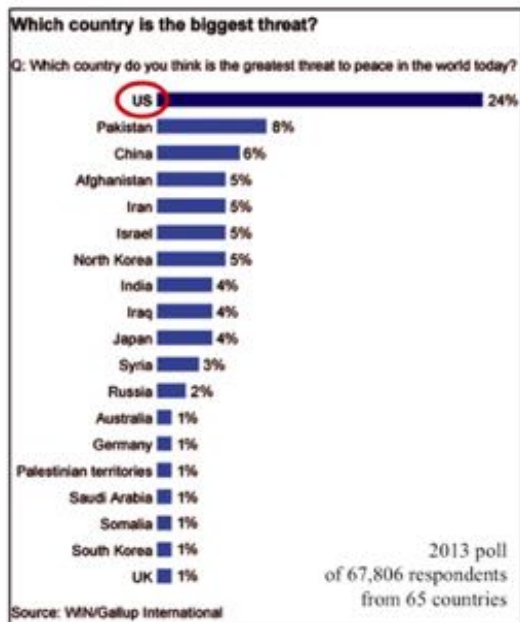
„Die unsichtbare Hand des Marktes kann niemals ohne eine unsichtbare Faust arbeiten. McDonalds kann nicht gedeihen ohne McDonnell Douglas, den Hersteller der F-15. Und die unsichtbare Faust, die den geschäftlichen Erfolg von Silicon Valley-Technologien in der Welt garantiert, heißt US Army, Air Force, Navy und Marine Corps.“ (Thomas L. Friedman, *A Manifesto for the Fast World*. New York Times, March 28, 1999).

Das einzige, was man ihm bei dieser Analyse vorhalten könnte, wäre wahrscheinlich der Begriff „unsichtbare Faust“, weil diese Faust nicht so unsichtbar ist. Zumindest für die, die von ihr betroffen sind. Das heißt, diese unsichtbare Faust bleibt natürlich auch der Weltbevölkerung nicht verborgen, und wir finden deswegen – das können Sie in Umfragen

durch alle Jahrzehnte verfolgen - auf die Frage „Welches Land stellt die größte Bedrohung für den Weltfrieden dar?“, konsistent über alle Jahre eigentlich immer die gleiche Antwort.

US-‘Globalisierung’ ist auf staatliche Gewalt angewiesen

„Welches Land stellt die größte Bedrohung für den Frieden in der Welt dar?“



Das ist auch nicht so überraschend, und jetzt sind wir wieder beim Beispiel Geschichte und geschichtliches Gedächtnis. Wenn Sie sich klarmachen, dass die USA in den 241 Jahren ihrer Geschichte in 90% ihrer Jahre in Krieg oder kriegsähnlichen Zuständen mit anderen Nationen befunden haben - 90% ihrer Existenz von 241 Jahren –, dann haben sie eigentlich ein gewisses Anrecht erworben auf den Titel „größte Bedrohung für den Weltfrieden.“

Das sind die traditionellen Wege der Stabilitätssicherung. Jetzt kommen wir zu den *neuen* Wegen. Was hat sich im Neoliberalismus geändert?

Das ist einmal die Entmachtung des Parlaments, denn das Parlament ist ja eigentlich die Volksvertretung, zumindest sollte das idealiter so sein. Also muss das Parlament entmachtet werden.

Dann haben wir eine neue Form der Indoktrination: „Ende der Ideologie“, „There is no alternative“ (Verschwinden von Dissens). Das sind ganz neue Formen, hat es vorher nicht gegeben. Und wir haben vielfältige neue Formen staatlicher Gewalt, die immer unsichtbarer wird, und in die Disziplinierung in alle Institutionen, bis in das Individuum – auch das ist neu. Die Gewalt diffundiert jetzt bis in das Individuum hinein, weil die neue Organisation von Macht dazu führt, dass es neue Stabilitätssicherungsmechanismen geben muss, die an die Stabilitätsbedürfnisse des global marodierenden Kapitals angepasst sind. Es entstehen also ganz neue Arten von Stabilitätsbedürfnissen.

Dazu wollen wir uns ein paar Beispiele ansehen. Die Entmachtung des Parlaments zugunsten der Exekutive. Die Lobbygruppen haben jetzt einen direkten Zugriff auf das Parlament und auf die Regierung. Hier sehen Sie einen neueren Beitrag aus *Atlantic* („How Corporate Lobbyists Conquered American Democracy“).

Das fing auch schon relativ früh an. Im Grunde sind alles, was ich Ihnen erzähle, alte Hüte, die in der Literatur längst diskutiert wurden, aber die natürlich aus gutem Grund nicht in den öffentlichen Diskussionsraum gelangen.

Hier haben Sie ein Beispiel von Dahrendorf, völlig unverdächtig. Der „neue Autoritarismus“ ist für die Bevölkerung kaum noch bemerkbar.

Kennzeichen:

- „Entscheidungen möglichst jenseits aller Kontrollen zu treffen, und dies angesichts einer grundsätzlich desinteressierten und apathischen Bevölkerung“
- „Verstummen des demokratischen Diskurses“
- „Die Exekutive entzieht sich dem Volk und seinen gewählten Vertretern.“

(Ralf Dahrendorf (2002). *Die Krisen der Demokratie*, München.)

Hier hätten eigentlich die Alarmglocken läuten müssen. Die Melodie kommt immer wieder vor, es ist immer wieder das gleiche Thema. Wir haben nur noch einen Pseudodiskurs, der durch die Medien bestimmt wird, der aber völlig quer liegt zu dem, was es an interessanten Fragen für die Bevölkerung eigentlich gibt. Seit Jahrzehnten wird der letzte Punkt auch von deutschen Verfassungsrechtlern angesprochen. Er gelangt nicht in den öffentlichen Diskussionsraum, er bleibt in kleinen Nischen. Dissens können Sie haben - das hatten wir vorher bei Sheldon Wolin - bis zur Erschöpfung, solange er nicht wirksam wird.

Schauen wir uns ein paar Beispiele an. Darüber wurde auch in den NachDenkSeiten viel berichtet: „Privatisierung der Autobahnen – eine der schnellsten Grundgesetzänderungen aller Zeiten“ – das ging zack. Da hatte das Parlament eigentlich das nur noch abzunicken, weil das Vorlagen waren, die von der Exekutive kamen. Ein anderes Beispiel ist der Staatstrojaner, das Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Die Süddeutsche schreibt auch ganz offen. „... eines der weitreichendsten Überwachungsgesetze in der Geschichte der Bundesrepublik – und kaum jemand bekommt etwas davon mit.“ (Süddeutsche Zeitung, *Der Staatstrojaner ist ein Einbruch ins Grundrecht*, 22.Juni 2017) Da hätten die Menschen eigentlich auf die Straße gehen müssen. Es steht in der Zeitung – es macht nichts. Was ist da passiert?

Interessanterweise wird mittlerweile ein Großteil der Beschlüsse des Bundestages in nicht namentlicher Abstimmung getroffen, und zwar oft auch mit einem materiell nicht beschlussfähigen Bundestag. Schauen Sie sich das Bild an: die dominante Mehrheit ist der Leer-Stuhl. Ein Großteil der Beschlüsse wird in nicht namentlicher Abstimmung mit einem materiell nicht beschlussfähigen Bundestag getroffen, der aber mittlerweile das Recht hat, sich fast jederzeit, die Grenze ist extrem weit, selbst einfach als beschlussfähig zu deklarieren. Das bedeutet, dass der Bürger überhaupt keine Möglichkeit mehr hat, das Abstimmungsverhalten einzelner Abgeordneter nachzuverfolgen. Sie entziehen sich

sozusagen ihrer Verantwortlichkeit als Volksrepräsentanten. Das galt auch hier, und das Foto, das Sie hier sehen, ist genau der Beschluss aus der 240. Sitzung zum Staatstrojaner. Das sind die Volksvertreter, die - wie Sie an den Gesichtern sehen - nach intensiver Deliberationsphase, darüber beschließen, ob das weitreichendste Überwachungsgesetz in der Bundesrepublik gültig werden soll. Das ist die Entmachtung der Exekutive.



Andere Beispiele: Ächtung und Kriminalisierung von Dissens haben eine ganz neue Qualität erreicht. Das hat es in der Tendenz schon immer gegeben, aber die Systematik, mit der jetzt jede Form von wirksam sein könnendem Dissens geächtet wird und versucht wird, rechtlich einzuhegen, die ist einzigartig.

Nur ein paar Beispiele - auch die Diskussion werden Sie alle verfolgt haben - in Spanien. „Wir brauchen ein System, das den Demonstranten Angst macht.“ Es werden Rechtssysteme etabliert, die dazu führen sollen, schon präventiv Demonstrationen zu unterbinden. Einen Dissens kann es nicht mehr geben, ein Dissens ist als Dissens schon ein Zeichen von Extremismus und Bedrohung.

Ein anderes Beispiel: Bayern führt ein Gefährder-Gesetz ein, auch darüber schreibt die Süddeutsche ganz offen. Überlegen Sie sich einmal die Kategorie Gefährder. Gefährder ist jemand, der potentiell, vielleicht einmal, in einer Situation größeren Unrechts in irgendeiner Weise aufmuckt und einen Dissens artikuliert. Jeder mündige Staatsbürger ist eigentlich ein Gefährder, wenn er die Mündigkeit ernst nimmt. Wir führen jetzt eine neue strafrechtliche Kategorie ein: nicht jemand, der eine Tat begangen hat, sondern jemand, der eine Tat, die man noch gar nicht richtig definiert hat, möglicherweise begehen haben könnte. Und für diesen Gefährder führen wir eine Unendlichkeitshaft ein. Der kann beliebig lange in Haft genommen werden. Auch da hätten die Leute eigentlich sofort massenweise auf die Straße

gehen müssen. Das ist eine unglaubliche Aushebelung von allem, was Demokratie ausmacht.

Das steht natürlich in einer Kontinuität, das „Abwehrzentrum gegen Desinformation“, das ja geplant ist, das „Gesetz zum Schutz der Bürger“ („Ley Orgánica de protección de la seguridad ciudadana) Spanien 2015 – die heißen ja immer gleich – oder die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes“ 1933. Ich gebe Ihnen nur ein Beispiel daraus, damit Sie auch den Kontext der Fake News besser verstehen, die stehen da auch schon drinnen. Fake News wurden verboten: „Druckschriften können verboten werden, wenn in ihnen offensichtlich unrichtige Nachrichten enthalten sind, deren Verbreitung geeignet ist, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden.“ (§9) Was sind denn „unrichtige Nachrichten“? Das sind all die Nachrichten, die stabilitätsgefährdend sind. Wieder ist es wichtig, die geschichtliche Kontinuität im Blick zu haben. Diese Dinge stehen alle in einer engeren Kontinuität.

Jetzt kommt einer der Haupttricks, und der ist in der Tat ganz neu. Das ‚Ende der Ideologie‘. Die größte Ideologie, wahrscheinlich die raffinierteste Ideologie, die es je gegeben hat, ist die Ideologie der Ideologiefreiheit. Friedman sagt:

„Heute ist die große Teilung der Welt keine mehr in Ost und West, Nord und Süd oder Kapitalismus versus Kommunismus. Heute geht es um Weltordnung und Weltunordnung.“ (Thomas L. Friedman, 1.5.2015)

Es geht nur noch um ‚Vernunft‘ oder ‚Unvernunft‘. Es gibt keine Ideologie mehr, es gibt nur noch ‚Vernünftiges‘ und ‚Unvernünftiges‘, und was ‚vernünftig‘ ist, muss auch wirklich werden. Und was ‚unvernünftig‘ ist, darf nicht mehr wirklich werden, weil es ja ‚unvernünftig‘ ist. Zum ‚Vernünftigen‘ kann es keine Alternative geben. Wir müssen also bereits die Idee der Alternative ächten, weil die Idee der Alternative zum Vernünftigen bereits die pure Unvernunft ist. - Das ist der Totalitarismus - der des Endes der Ideologie. Das hört sich philosophisch an, es hat aber gewaltige Konsequenzen. Das schauen wir uns an. Es gibt keine Alternativen, die Alternativen verschwinden. Das hat reale Konsequenzen, und Sie können sich hier ein Beispiel aussuchen:



Alternativen, die Wirklichkeit zu drohen werden, müssen eliminiert werden. Es *darf* keine Alternativen geben. Da ist dann wieder die unsichtbare Faust, die dafür zu sorgen hat, dass diese Alternativen nicht Wirklichkeit werden.

Es *kann* keine Alternativen mehr geben, weil nämlich die Akteure, die jetzt das Weltgeschehen bestimmen, von einer Art sind, für die wir nicht gerüstet sind, und gegen die wir eigentlich nichts ausrichten können. Die politischen Akteure sind jetzt Großkonzerne. Die sind nichts anderes als private, totalitäre Strukturen, die sind ihrer Natur nach antidemokratisch. Ein Großkonzern kann nicht demokratisch sein. Die politischen Akteure sind totalitäre private Strukturen, die vollkommen einer gesellschaftlichen Kontrolle entzogen sind. Und mit diesen international agierenden Großkonzernen haben wir in der Zivilisationsgeschichte die perfekte Form totalitärer Strukturen geschaffen, die es je in der Kulturentwicklung gegeben hat. Für die wir auch nicht gerüstet sind, weil sie weitgehend unsichtbar sind. Extrem hierarchisch, extrem autoritär, extrem pathologischen Zielen verpflichtet, nämlich Gewinn machen, und wenn die Erde, der soziale Zusammenhalt, die Ökologie darunter vernichtet wird.

Kognitiv verschwinden Alternativen, weil sie gar nicht mehr denkbar sind. Harvey schreibt so schön: Wir können zwar das Ende der Erde denken oder vielleicht, wenn Sie kreativ sind, das Ende des Universums. Aber was keiner sich mehr vorstellen kann, ist das Ende des Kapitalismus. Wir können es einfach nicht mehr denken. Und das liegt daran, das ist ein ganz wichtiger Punkt, welchen Sie in dem ausgesprochen lohnenswerten Buch von Mirowski über den Neoliberalismus finden: Der Neoliberalismus beruht darauf, dass er in massenhafter Weise Ignoranz produziert („industrial-scale manufacture of ignorance“). „Unwissenheit... ist der Garant der neoliberalen Ordnung. Das neoliberale Selbst fühlt sich in dieser Unwissenheit wohl.“ (Philip Mirowski (2013). *Never Let a Serious Crisis Go to Waste.*)

Die ganze Stabilität der neoliberalen Ordnung beruht darauf, massenhaft Ignoranz zu produzieren. Und dafür zu sorgen, dass das neoliberale Selbst sich in dieser Unwissenheit auch noch wohlfühlt, durch Konsumismus und all die Mechanismen, die wir haben.

Schließlich affektiv, das Gefühl. „Es lässt sich ohnehin nichts ändern.“ Erzeugung eines Gefühls von Kontrollverlust. Individuelles und kollektives gesellschaftliches Handeln wird als aussichtslos empfunden.

Das ist sicherlich ein Gefühl, das uns alle zu irgendwelchen Zeiten immer wieder beschleicht. Wir fühlen uns ohnmächtig und machtlos. Dieses Gefühl ist mit vielen Mühen und unter liebevoller Beteiligung von Sozialwissenschaften und Psychologie bewusst induziert. Das ist ein ganz wichtiger Punkt: Man muss dieses Gefühl der Ohnmacht, „es kann sowieso nichts geändert werden“, in den Individuen induzieren.

Und dazu gehört ein ganz wichtiges Mittel: „Die Mitte“. Die „Mitte“ ist etwas ganz Tolles, heute sind alle in der Mitte. Das gehört wieder zum neoliberalen Falschwörterbuch, weil hier ein Begriff neu besetzt worden ist, denn „Mitte“ ist für uns alle etwas ganz Tolles. ‚Mitte‘

suggeriert Harmonie, Ausgeglichenheit, vielleicht auch Geborgensein, ‚Mitte‘ ist ein ganz positives Gefühl, weil wir ungerne zu den Extremen gehören wollen. Der Neoliberalismus hat diesen Mittebegriff neu besetzt, indem jetzt eigentlich mit „Mitte“ eine extremistische Position bezeichnet wird. Nämlich die extremistische Position eines Kampfes gegen Demokratie. Und die „Mitte“ ist sogar eine extrem fundamentalistische Position, weil sie einen Ausschließlichkeitsanspruch hat: Es kann keine Alternativen mehr geben. Die „Mitte“ ist eine extrem fundamentalistische Position mit einem Ausschließlichkeitsanspruch, übt aber auf uns eine gewisse Faszination aus. Wir gehen diesem Wort immer wieder auf den Leim. Und Sie sehen, wie häufig dieses Wort als Attraktionsmittel in der politischen Rhetorik verwandt wird, und zwar immer im Kontext auch des neoliberalen Programmes.

Tony Blair: „a radical centre in which you are able to take decisions for the future of the country“

Gerhard Schröder 1998: „Es gibt keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik, sondern nur eine gute oder schlechte Wirtschaftspolitik.“

Emmanuel Macron 2017: „ni droite, ni gauche“ (weder rechts, noch links)

Faschismus: „weder links noch rechts“

Die „radikale Mitte“ - auch eine interessante Wortschöpfung. - Es gibt gar keine Interessengegensätze mehr. Es gibt keine Interessengegensätze zwischen Unternehmer und Lohnabhängigem mehr. Es geht nur noch um ‚Vernunft‘, es geht nur noch darum, ‚rational‘ die besten Lösungsansätze zu finden. Es hat auch keinen Sinn mehr, gegen irgend etwas zu kämpfen, es geht nur darum, die ‚beste‘ Lösung zu finden, denn letztlich sitzen natürlich Unternehmer und Lohnabhängige im gleichen Boot, haben die gleichen Interessen, nämlich: die ‚besten‘ Lösungen zu finden. ‚Letztlich ziehen wir doch alle am selben Strang‘ – das ist die Ideologie, was ja irgendwie auch richtig ist, nur eben an unterschiedlichen Enden.

Interessanter ist hier noch der Punkt - das finden Sie heute ganz häufig -, dass jemand sagt: „ich bin weder rechts noch links“. „Links“, das heißt ja eigentlich für eine gerechte Verteilung und eine solidarische Gesellschaft - und „rechts“ heißt, nicht für eine gerechte Verteilung. Jemand, der weder rechts noch links ist, kann sich eigentlich nur damit noch retten, dass er sagt: „Naja, ich bin völlig apathisch!“

Und interessant ist, dass der italienische Faschismus genau diesen Slogan hatte, er ist „weder rechts noch links“. Und da war etwas dran. Der Faschismus war extrem anti-links, aber er war auch nicht rechts, denn ‚rechts‘ hieß damals eigentlich reaktionär und bewahrend. Der Faschismus war revolutionär, der wollte nicht bewahren. Das war ein totalitäreres System, er wollte etwas ganz anderes. In gewisser Weise konnte er zurecht sagen: „wir sind weder rechts noch links“. Auch dort lohnt es sich wieder, einen Blick auf die Geschichte zu werfen.

Mittlerweile haben wir schleichend eine semantische Verschiebung des Demokratiebegriffs, die wir gar nicht richtig mitbekommen. Demokratie heißt heute gar nicht mehr, dass wir Bürger irgendetwas zu sagen haben. Die echte Demokratie nennt man heute „inputorientierte Demokratie“, die ist *out*. Wir haben heute eine „outputorientierte Demokratie“, bei der der Input der Bürger gar keine Rolle mehr spielt, weil es nur darum geht, den Output ‚rational‘ zu optimieren. – ‚Rational‘ müssen wir auch in ganz vielen Gänsefüßchen schreiben. - Das nennt man dann, so steht es in den Lehrbüchern, eine outputorientierte Demokratie, wir müssen die ‚vernünftigste‘ Lösung finden. Jetzt ist nur noch die Frage zu lösen: für wen? Und dann kommt der neoliberale Populismus, der sagt, wir müssen „unbequeme Wahrheiten“ dem Bürger verständlich machen. Der Bürger ist natürlich ‚blöd‘, der will immer nur *seine* Interessen sehen und nicht die der Machteliten sehen. Und deswegen muss man ihm die „unbequemen Wahrheiten“ dieser ‚vernünftigen‘ Lösungen vermitteln, wenn man das nicht macht, nennt man das „Populismus“. Das führt dazu, wie der große Parteienforscher Peter Mair sagte:

„Der immer stärker eingeschränkte Spielraum für Opposition innerhalb des Systems ist einer der Gründe, warum der politische Bereich zu einem so starken Nährboden für Populismus geworden ist.“ (Peter Mair (2013). *Ruling the void: The hollowing of Western democracy*. Verso Books.)

Schauen Sie sich die großen Kartellparteien im Bundestag an: Es gibt innerhalb des Systems überhaupt keine Opposition mehr. Dieses Verschwinden der Opposition – man kann innerhalb des Systems gar keinen *grundlegenden* Dissens mehr artikulieren – führt dazu, dass der politische Bereich zu einem so starken Nährboden für Populismus geworden ist. Der Populismus ist sozusagen das Bedürfnis, dass sich die Veränderungsenergie, wenn sie von innen im System gar keine Möglichkeiten mehr hat, etwas zu machen, sich andere Wege sucht, und diese anderen Wege können dann auch sehr hässliche Wege sein. Je nachdem, was ich anbiete als Kanalisierung, können diese anderen Dinge sich auch in rassistischen und anderen Positionen äußern.

Und hier ist vielleicht eine kleine Randbemerkung interessant, damit wir auch hierfür den Blick nicht verlieren: Es gibt in den USA eine Firma, die *Harris Media* heißt, die sich darauf spezialisiert hat, über rassistische Positionen Wahlbeeinflussung zu machen. Das ist eine extrem rechte, rassistische Firma der neuen Medien, die (online) Wahlwerbung macht. Zu den Kunden dieser Firma gehören fast alle europäischen rechten ‚Firmen‘ wie die AFD, etc. Durch Trump ist sie eigentlich berühmt geworden. Und sie ist darauf spezialisiert, systematische Hetze gegen Flüchtlinge, Islam, Palästinenser etc. zu betreiben. Und einer der großen Auftraggeber, neben Trump, ist Netanjahu. Und die israelische Zeitung *Haaretz* hatte vor einiger Zeit genau darüber berichtet. Es gibt sozusagen ein internationales Geflecht solcher rechten Bewegungen, die sich über solche Firmen ihre Wahlkampagnen, Micro-Targeting, alles was dazu gehört, machen lassen. Auch das gerät nicht in den öffentlichen Fokus, mir scheint, aus gutem Grund. Weil Ihnen natürlich klar ist: Wahlbeeinflussung machen sowieso nur ‚die Russen‘, oder eigentlich muss man sagen ‚der Russe‘.

Jetzt haben wir noch einen anderen Weg der Stabilitätssicherung. Die Duldung und Verrechtlichung der organisierten Kriminalität der besitzenden Klasse:

„Das Problem der Rechtfertigung der heute sich entwickelnden *lex mercatoria* [transnationales Handelsrecht] besteht darin vor allem in deren privatvertraglicher Hervorbringung, die sich von jeder gesetzlichen Vorgabe befreit.“ (Ingeborg Maus, 2010, *Verfassung und Verfassungsgebund, Zur Kritik des Theorems einer ‚Emergenz‘ supranationaler und transnationaler Verfassungen.*)

Das Recht selbst wird mittlerweile, wie Ingeborg Maus sagt, privatrechtlich hervorgebracht. Und die Normen entstehen, das schreibt sie sehr schön, durch Selbstgespräche der Interessenten:

„Die hier entstehenden Normen entspringen den Selbstgesprächen der Interessenten und haben sich dem Verallgemeinerungstest eines demokratisch kontrollierten Gesetzgebungsverfahrens nicht zu stellen.“

Die großen Firmen führen Selbstgespräche, welche Gesetze sie gerne hätten. Über die Exekutive geht das schneller als über das Parlament, deshalb ist die Aushebelung des Parlaments wichtig. Sie machen sich das Recht selbst. Das ist ein ganz wichtiger Mechanismus, dass viele der Dinge, die wir dann haben, die eigentlich moralisch gesprochen kriminell sind, heute rechtlich in Ordnung sind, weil der Rechtsrahmen bereits privatrechtlich so geschaffen worden ist, dass die organisierte Kriminalität verrechtlicht worden ist.

Wenn Sie zu einigen der Themen, die ich angesprochen habe, an wirklich tiefergehenden Aspekten interessiert sind, lohnt sich immer wieder ein Blick in die Arbeiten von Ingeborg Maus, die durch eine ungewöhnlich Tiefe, Präzision und auch Konsequenz bzw. Radikalität ihres Denkens viele von diesen Dingen in einer weit herausleuchtenden Weise beschreibt. So dass es wenig überraschend ist, dass Ingeborg Maus sowohl im akademischen Bereich wie auch in der öffentlichen Diskussion in der Versenkung verschwunden – nicht *ist*, sondern *wurde*.

Die Beispiele kennen Sie, die Duldung und die Verrechtlichung der organisierten Kriminalität der besitzenden Klasse. Hier ist ja schon Sprache wieder interessant: Wenn jemand an der Kasse einen Euro entwendet, ist er kriminell. Wenn jemand Milliarden von Euro kriminell entwendet, nennt man das „Trickser“. Das haben Sie bei der Autoindustrie, das haben Sie bei den Cum-Ex-Geschäften – die organisierte Kriminalität der Reichen ist eine „Trickserei“. Trickserei ist eben ein lässliches Verbrechen. Man schafft es in diesem Feld nicht - auch bei den Cum-Ex-Geschäften – ‚Lücken‘ bei den Gesetzen zu stopfen. Selbst wenn sie schon Jahre und Jahrzehnte bekannt sind. Und hier sollte man nicht von ‚Lücken‘ sprechen, denn sie wurden bewusst eingeführt. - Wenn aber bei irgendeiner Demo irgendetwas stattfindet, Gewaltanwendung, irgendetwas anderes, was nicht passend ist, werden sofort, in ganz kurzer Zeit, die Gesetze verschärft. Das heißt, in dem einen Bereich werden Gesetze sofort auf die Sicherheitsbedürfnisse angepasst. In diesem Bereich der Trickserei ist es irgendwie nicht machbar, entsprechende Gesetzesänderungen zu machen. Auch dafür sollte man eine gewisse Sensitivität des Blickes haben.

Ein weiterer neuer Mechanismus im Neoliberalismus ist die Verwaltung und Disziplinierung der „Irrelevanten“.

Das politisch ‚irrelevante *Humankapital*‘ muss seine objektive wirtschaftliche Ausbeutung in Selbstausbeutung transformieren und seine Fremdverwertbarkeit durch den ‚freien Markt‘ optimieren.

Jetzt fragen Sie: „Wer sind denn die Irrelevanten?“ – Nun, die Irrelevanten sind wir.

Man braucht eine Ideologie, die dergestalt ist, dass der Einzelne sich als Humankapital versteht und seine objektive wirtschaftliche Ausbeutung in Selbstausbeutung transformiert. Und seine Fremdverwertbarkeit durch den freien Markt optimiert. Das heißt, er soll die gesellschaftlichen Antagonismen in die eigene Person verlagern. Was bedeutet das? Man wird zum Sklavenhalter seiner selbst. Der Kern der Ideologie des neuen Liberalismus ist ja, dass jeder für seine soziale Situation selbst verantwortlich ist. Es gibt keinen Unterdrücker, gegen den man kämpfen kann, denn man ist ja Unternehmer seiner selbst. Jeder ist eine kleine Ich-AG, die sich zum Zwecke ihrer Fremdverwertbarkeit für den Markt optimieren muss. Wir verlegen die Antagonismen in uns selbst, die sozialen Kämpfe in der Außenwelt werden jetzt zu einem Kampf in uns selbst, weil wir Unternehmer unserer selbst sind - und führen zu einem destruktiven Kampf im eigenen Individuum. Das ist die perverseste Steigerung der Entfremdung. Und diese Steigerungsform ‚Entfremdung‘ wird bewusst genutzt.

Eine solche Form der Entfremdung, auch der Ent-Solidarisierung kann man nur erreichen, wenn man ein nötiges Maß an Angst und Unsicherheit in den Individuen induziert. Der Neoliberalismus hat in ganz systematischer Weise Techniken entwickelt, wie sich das Maß an Angst und Unsicherheit in der Bevölkerung so steigern lässt, dass der Einzelne dazu bereit ist, Sklavenhalter seiner selbst zu sein.

Systematische Erzeugung von Unsicherheit und Angst

- ökonomisch: Sorgen um Arbeitsplatz und sozialen Status
- sozial: Atomisierung und soziale Entwurzelung
- psychisch: Fragmentierung und Orientierungslosigkeit

→ politische Lethargie und Resignation

→ Konsumismus

„Was gegenwärtig im Krisenzusammenhang der Arbeitsgesellschaft abläuft, lässt sich als eine Art *Akkumulation des Angrostrohstoffs* bezeichnen; selbst die fleißig Arbeitenden haben in dieser Gesellschaft keinen sicheren Platz mehr.

Das hat es in dieser Ausdehnung geschichtlich noch nie gegeben.“

Oskar Negt, 2011, *Arbeit und menschliche Würde*

Die wichtigste Ressource im Neoliberalismus ist das, was Oskar Negt die „Akkumulation des Angrostrohstoffs“ nennt. Wir müssen die Angst induzieren. Nur, wenn die Bevölkerung ein hinreichendes Maß an Angst hat, dann ist sie zu dieser Art von perverser Entfremdung

und Verlagerung von gesellschaftlichen Antagonismen in die eigene Person bereit. Diese Disziplinierung der politisch Irrelevanten finden wir auch in allen Umfragen. Deutsche haben große Angst vor: Terrorismus und Zuwanderung. Und Sie kennen das, die Wahrscheinlichkeit, dass sie davon getroffen werden, ist Zehnerpotenzen niedriger, als beim Ausrutschen in der Badewanne zu sterben. Auch das steht in der Presse. - Unsere größten Sorgen sind ein Spiegelbild der aktuellen Nachrichtenlage. Das ist, wir erinnern uns an Lippmann, das, was Medien fabrizieren. Das heißt: Unsere Ängste sind ein Produkt dessen, was die Medien uns sagen, welche Ängste wir haben sollen. Das hat nichts mit Realität zu tun. Das ist induzierte Realität. Und das ist eine ganz wichtige Herrschaftstechnik. Die ist in gewisser Weise traditionell, aber das Ausmaß, mit dem sie betrieben wird, ist neu. - Ein Beispiel von Tacitus: „Bedrohlich ist das Volk für die Herrschenden, wenn es ohne Furcht ist.“ („terret vulgus, nisi metuat“) Das ist ein ganz alter Hut, aber die Systematik, in der das heute betrieben wird, die ist sicherlich historisch einzigartig.

Nun haben wir die Irrelevanten, aber jetzt wird es noch schwieriger: Was machen wir mit den ökonomischen „Überflüssigen“? Der Neoliberalismus produziert ja im Übermaß ökonomisch „Überflüssige“. Die könnten wieder, unter optimalen Bedingungen, zu solidarischen Aktionen finden. Wir brauchen also subtile Techniken der Disziplinierung und Überwachung, um das zu verhindern.

Gemäß Schätzung von Eurostat waren im Juli 2017 in der EU28 insgesamt 18,916 Millionen Männer und Frauen arbeitslos, davon 14,860 Millionen im Euroraum.

Da brauchen wir eine passende Ideologie: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ (Franz Müntefering, 2016)



„Das neue Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer“

1896

Das heißt: Im Neoliberalismus wird nicht mehr die Armut bekämpft, sondern es werden die Armen bekämpft. Das ist eine neue Stoßrichtung von *welfare* zu *workfare*. Wer nicht bereit

ist, sich als ‚Humankapital‘ verwerten zu lassen, hat kein Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben.

Die Verwaltung der „Überflüssigen“ ist ein ganz wichtiges Anliegen, gerade weil der Neoliberalismus sie in so großer Zahl zwangsläufig produziert. Dazu musste man auch wieder ganz systematisch vorgehen - und wir reden hier nicht über Ausnahmen oder sogenannte ‚Fehlentwicklungen‘, wir reden über systematische Hauptentwicklungen. [Die gibt es], weil die alten Regulationsmechanismen im klassischen Kapitalismus in der Globalisierung alle weitgehend entfallen sind, weil jetzt das Kapital in der Globalkonkurrenz um die höchsten Rendite versucht, diese zu optimieren. Damit sind ganz viele Regulierungsmechanismen weggefallen, und das zeigt sich auch in dieser hohen Zahl von „Überflüssigen“.

Die „Überflüssigen“ zeigen sich auch, aus städteplanerischer Sicht, in der wachsenden Zahl von Elendsvierteln. In den USA gibt es interessante Studien, die zeigen, dass selbst diese Elendsviertel so gebaut werden, dass keine solidarischen Aktionen entstehen, indem man beispielsweise die Planung von neuen Highways und anderen Straßen immer kreuz und quer durch diese Viertel macht, um sie auch soziologisch voneinander zu trennen. Das wird städteplanerisch durchaus berücksichtigt.

Ein anderes Beispiel ist das extreme Anwachsen der Gefängnisindustrie, vor allen Dingen in den USA. Dort gibt es die höchste Quote weltweit an Gefangenen. Das liegt nicht daran, dass es dort eine höhere Kriminalität gibt als anderswo, sondern das liegt daran, dass die Strafen für Klein- und Kleinstdelikte massiv verschärft worden sind, insbesondere Drogendelikte.

Macron hat das sehr deutlich ausgedrückt: „Es gibt Leute, die Erfolg haben, und jene, die nichts sind“ („gens qui réussissent et d'autres qui ne sont rien“, Emmanuel Macron, 29. Uni 2017). Die „Überflüssigen“ sind jene, die *nichts sind*. Dieses Menschenverachtende kommt an dieser Stelle heraus, es durchzieht aber den Neoliberalismus, dieses Menschenbild mit seiner tiefen Verachtung. Wir brauchen eine Verwaltung für diejenigen, die nichts sind. Und das ist ein ganz zentraler Bestandteil des neoliberalen Staates. Durch die disziplinierende Überwachung der Verlierer, und unser Hartz IV-Regime ist ja nichts anderes - ein extremes Regime von Überwachung der Verlierer.

„Kontrolle spielt heute in jedem Bereich des sozialen Lebens eine herausragende Rolle – mit der einzigartigen und überraschenden Ausnahme des wirtschaftlichen Bereichs.“ (David Garland (2002). *The Culture of Control: Crime and Social Order in Contemporary Society*. Oxford University Press.)

„Der expansive, in alles eindringende und voraushandelnde Strafapparat, der die unteren Schichten des sozialen Raumes durchdringt, ist ein ganz zentraler Bestandteil des neoliberalen Staates. Nur durch disziplinierende Überwachung der Verlierer lassen sich die vom neoliberalen Staat erzeugte soziale Unsicherheit und ökonomische Ungleichheit eindämmen.“

Die Erzeugung sozialer Unsicherheit in Verbindung mit ‚restrictive workfare‘ und ‚expansive prisonfare‘ gehören zur zentralen Architektur des neoliberalen Staates.“

(Loïc Wacquant (2009). *Punishing the poor: The neoliberal government of social insecurity*. Duke University Press.)

Die Erzeugung sozialer Unsicherheit, ‚prisonfare‘ usw., gehören zur zentralen Architektur des neoliberalen Staates, sagt Loïc Wacquant, einer der Aktivisten, die das akademisch studieren. Das Buch heißt „Eine Bestrafung der Armen“ - das ist das Wesen des neoliberalen Staates.

Das heißt, wir finden jetzt eine *Doppelgesichtigkeit* des Staates, die von Anfang an angelegt war. Hayek wollte einen schwachen Staat, aber nicht allgemein, wie bei manchen des klassischen Neoliberalismus oder des Anarcho-Kapitalismus und vielen anderen Strömungen. Er wollte einen *schwachen* Staat für Reiche und Konzerne, freie Bahn und Steuerentlastungen für Reiche und Konzerne. Gleichzeitig wollte Hayek aber einen *starken* Staat für die Bevölkerung. Der Neoliberalismus ist also keine Position, die gegen den Staat kämpft, sondern die den Staat nur benutzen will für dieses doppelte Ziel. Und das führt - und Wacquant hat hierfür ein schönes Bild - zum *Kentaurus-Staat*:

„Der Neoliberalismus geht nicht mit einem Schrumpfen der Regierung einher, sondern mit der Errichtung eines Kentaurus-Staates: Ein liberaler Kopf auf einem autoritären Körper.“ („liberal at the top and authoritarian at the bottom“, Loïc Wacquant (2009))

Das Doppelwesen trampelt nach unten und ist nach oben ein liberaler Kopf. Der neoliberale Staat ist genau ein solcher Kentaurus-Staat. Er ist ein Subventionsstaat für die Reichen, und er ist ein Repressionsstaat für die sozial Schwachen.

Und er schreibt: „Die USA dienen als lebendes Laboratorium für die neoliberale Zukunft“ einer Verwaltung und Disziplinierung der „Überflüssigen“. Dieser Ausdruck der „Überflüssigen“ ist von ihm. Für diese Verwaltung und Disziplinierung von „Überflüssigen“ haben wir ein ganzes System.

Und noch weiter geht der afrikanische Intellektuelle und Politologe Achille Mbembe. Er schreibt:

Die ‚westliche Wertegemeinschaft‘ betreibt eine „Nekropolitik“: Macht darüber auszuüben, bestimmen zu können, „wer leben wird und wer sterben muss“. (Achille Mbembe (2011). Nekropolitik. In: M. Pieper et al. *Biopolitik – in der Debatte*. Wiesbaden: VS Verlag.)

Was bedeutet das? Das bedeutet, die Unterteilung der Bevölkerung in einen schützenswerten Teil und in einen Teil, dessen Leben eigentlich überflüssig ist, und der deswegen vermehrt Todesstrafe, Erschießungen durch die Polizei, Drohnenmorden... - was immer es gibt, ausgesetzt werden kann. Das ist auch ein Punkt, den Judith Butler gemacht hat, dass sie gesagt hat, die westliche Wertegemeinschaft beruht auf der Unterscheidung von betrauernswerten Toten und nicht-betrauernswerten Toten. - Und Achille Mbembe schreibt, dass die perfektste Form der Nekropolitik die koloniale Besetzung Palästinas durch Israel sei.

Nun zu einem nächsten Punkt: Die Schaffung eines Systems der organisierten Verantwortungslosigkeit. Die sog. „Finanzkrise“ von 2008, die ja keine Finanzkrise war, das wissen Sie, das war im Wortsinn ein „Kapitalverbrechen“. Das war keine Folge von den ehernen ‚Naturgesetzen‘ des ‚freien Marktes‘, das war eine Tat. Die Finanzkrise war eine Tat, und kein Naturereignis. Im Nachhinein wissen wir, diese Tat wurde durch einen relativ kleinen Kreis von Personen begangen. Die lassen sich identifizieren, Alan Greenspan, Hank Paulson usw. („25 People to Blame for the Financial Crisis“).

Der ganze Neoliberalismus ist interessanterweise eine Kette von ‚Taten ohne Täter‘. Wir haben eine neue Kategorie: Wir haben ‚Taten ohne Täter‘. Also Dinge, die weder einer moralischen noch einer rechtlichen Bewertung unterzogen werden können. Darüber hatten auch die NachDenkSeiten berichtet (2. Oktober 2017: Funke-Freispruch – die Aufarbeitung der Finanzkrise ist ein einziger Skandal). Es gibt keine Verantwortlichen mehr. - Wir haben es geschafft - auch das hat eine längere Geschichte - ein „System der organisierten Verantwortungslosigkeit“ („a system of organized irresponsibility“, C. Wright Mills, *The Power Elite*, 1963) zu errichten. Es gibt keine Verantwortlichen. Es gibt nur noch im Repressionsstaat nach unten Verantwortliche, aber nach oben gibt es keine Verantwortlichen. Auch im politischen Bereich haben wir das genauso.

Schauen wir uns an, wie es mit der Rationalität der „Vernünftigen“ aussieht. Lippmann stellt ja das „dumme Volk“ und die „vernünftigen Eliten“ gegenüber. Diese Dinge kennen Sie: Vor nicht allzu langer Zeit gab es eine Untersuchung, die feststellt: Tony Blair hat die Nation angelogen, die Kriegsgründe waren fabriziert (Guardian, Chilcot: *Tony Blair was not ‚straight with the nation‘ over Iraq war*, 6. Juli 2017). Er hat die Nation unter falschen Gründen in den Krieg geführt. Chilcot schreibt dann: Blair hat zwar hinsichtlich der Kriegsgründe gelogen, sei jedoch „from his perspective and standpoint, emotionally truthful“ gewesen. Eine solche Formulierung muss man überhaupt erst einmal finden! Zu sagen: „Ja, ich habe die Tat begangen, aber ich war von meiner Perspektive und von meinem Standpunkt aus nichts als der Wahrheit verpflichtet“.

Und es kamen natürlich zu Recht Forderungen auf, die völkerrechtlichen Standards, die in der Entwicklung internationalen Rechts gewonnen worden sind, insbesondere bei den Nürnberger Prozessen, auch auf Blair anzuwenden, und zu sagen, nach dem, was Blair gemacht hat, hätte er vor eine Art Nürnberger Gerichtshof oder nach Den Haag gemusst. Auch da haben wir wieder „ein System der organisierten Verantwortungslosigkeit“.

Nun schauen wir uns die Konvergenz autoritärer und demokratischer Staaten an. China ist hier ein interessanter Studienfall, weil wir in China eine Situation haben, wo die Mechanismen der Stabilisierung in sehr subtiler Weise ausgearbeitet worden sind, weil China ein Staat ist, der im Moment mit ganz großen Stabilitätsproblemen befrachtet ist. Er hat eine weitgehend neoliberale Wirtschaft aber eine Einparteienherrschaft.

China ist eine „besondere Form der Marktwirtschaft, bei der zunehmend neoliberale Elemente mit einer autoritären, zentralisierten Kontrolle verwoben sind.“ (David Harvey (2005). *A brief history of Neoliberalism*. Oxford University Press.)

Dort gibt es Handbücher und sehr subtile Mechanismen, wie man Stabilität sichern kann. Ein ganz wichtiger Mechanismus ist: Man muss Stabilitätsgefährdungen bekämpfen, *noch bevor* sie sich ereignet haben. Das ist wie in Bayern die Gefährderhaft. Man darf überhaupt keine Risse zulassen, man muss bereits Bedrohungen, die man antizipieren kann, entfernen. Was diese Stabilisierungsmechanismen anbelangt, gibt es nun auf akademischer Ebene eine intensive Zusammenarbeit westlicher Sicherheitsexperten - USA, Israel, die Bundesrepublik - und chinesischer Sicherheitsexperten, weil beide bestrebt sind, von diesen Dingen zu lernen. Und Sie wissen ja, dass ein Großteil dessen, was nach 9/11 an Dingen entwickelt worden ist, natürlich gar nicht Terrorismusabwehr ist, sondern entwickelt worden ist, damit es jederzeit Anwendung auf den *inneren* Stabilisierungsfeind finden kann.

Dieses chinesische Modell wird von vielen anempfohlen als das beste Beispiel eines Zukunftsstaates. - Das hat zwar gewisse „Nachteile“, aber wenn es von einer „vernunftgeleiteten Gruppe“ [gesteuert wird] „– hier haben wir wieder die Lippmann-Idee – dann hat es „große Vorteile“, weil es ‚Vernunftlösungen‘ zwangsweise durchsetzen kann. - Es gibt dieses ganze demokratische ‚Palaver‘ - das kennen Sie von Stuttgart 21: alle wollen sie mitreden, wo eigentlich längst entschieden worden ist, was eine ‚vernünftige‘ Lösung ist – das gibt es nicht. Wir können einfach in autoritärer Weise ‚vernünftige‘ Lösungen durchsetzen. Das hat auch in Deutschland viel Anklang gefunden. Das Beispiel China taucht immer wieder auf. Wir brauchen eigentlich, um der ‚Vernunft‘ zum Sieg zu verhelfen, einen autoritären Staat wie China.

Hier haben Sie ein Beispiel von einem Buch: Der wirtschaftliche Erfolg Chinas rufe „Zweifel an der Superiorität der Demokratie“ hervor (Laszlo Trankovits (2011), *Weniger Demokratie wagen*. FAZ-Verlag) Hochgelobt in den Medien, z.B. WDR: Trankovits habe „sorgfältig analysiert, warum zu viel Mitbeteiligung und zu viel Bürgernähe Deutschland lahmlegen könnten“.

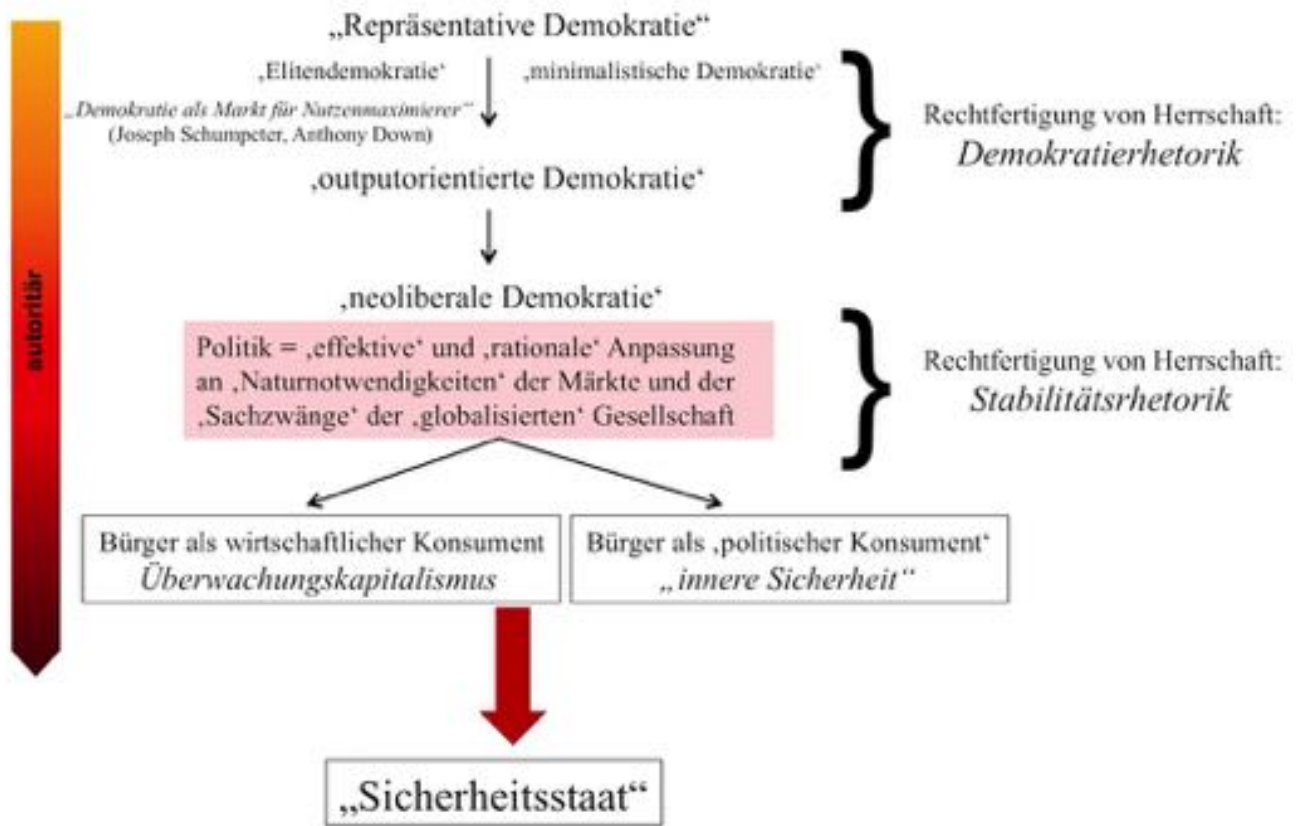
Demokratie ist eigentlich Mist, das wird heute sehr viel offener gesagt. Jetzt taucht also etwas Neues ganz offen auf, was vorher verborgen war: Dass man viel offener auf das Wort „Demokratie“, welches früher noch eine gewisse propagandistische Rolle gespielt hat, verzichtet und offen sagt: „Wir müssen eine autoritäre Herrschaftsform haben, weil wir sonst der Vernunft nicht zum Zuge verhelfen können.“

Ob Demokratie oder Autoritarismus spielt doch keine Rolle – lasst uns doch uns auf das Vernünftige einigen! Wir brauchen eine outputorientierte Herrschaftsform, was zählt ist doch letztlich der Erfolg. Das heißt: man kommt jetzt sozusagen aus den antidemokratischen Löchern heraus und artikuliert ganz offen: „Wir brauchen einen Verzicht auf Demokratie“. Das finden Sie auch schon ganz am Anfang, zu Beginn des Neoliberalismus:

Von Mises, Hayek u.a.: Durchsetzung des neoliberalen Programms ist auf autoritäre Herrschaft als „Notbehelf des Augenblicks“ angewiesen. Auch der Faschismus ist als „Notbehelf des Augenblicks“ tragbar. Diese autoritäre Tradition ist auch geschichtlich ganz alt.

Damit komme ich jetzt zum Ende und zur Übersicht.

Die Transformation der „repräsentativen Demokratie“ zum autoritären Sicherheitsstaat
 „schleichender Autoritarismus“ (Ralf Dahrendorf)



Wir haben eine Entwicklung von der ‚repräsentativen Demokratie‘, die immer eine ‚Elitendemokratie‘ war, zu einer ‚outputorientierten Demokratie‘. Das wurde aber immer noch begleitet von einer Demokratierhetorik, man behauptete immer, eine Demokratie anzustreben. Dann kommt der Ausdruck „neoliberale Demokratie“, bei Merkel die „marktkonforme Demokratie“. Politik geht nur noch um effektive und rationale Anpassung an die ‚Naturgesetzmäßigkeiten‘ des ‚Marktes‘ - ein zutiefst metaphysisch-ideologischer Begriff.

Die Demokratierhetorik tritt jetzt stückweise in den Hintergrund und wird ersetzt durch eine Stabilitätshetorik. - Und hier haben wir zwei Aspekte: der Bürger als wirtschaftlicher Konsument - das ist der Überwachungskapitalismus - und der Bürger als ‚politischer Konsument‘ - das ist dann die „innere Sicherheit“. Das führt uns dann zu dem eigentlich angestrebten Ziel eines „Sicherheitsstaates“. Das heißt, dieser Übergang, der ist interessant.

Wozu diente eigentlich Demokratierhetorik? Wir haben ganz am Anfang gesagt: Demokratie wollten die ‚Eliten‘ nie, weil es ihre Macht einhegt. Demokratierhetorik war aber deswegen sinnvoll, weil es die Bürger pazifiziert und sozusagen ihr Bedürfnis nach Mitsprache befriedet. Es suggeriert „jeder kann mitsprechen“, das hat eine Befriedungsfunktion. - Demokratie hat den Nachteil, dass es uns immer wieder eine Wurst vor die Nase bindet, wir könnten unser eigenes Schicksal mitbestimmen. Das ist nachteilig

an der Demokratierhetorik. Die Demokratierhetorik fördert das emanzipatorische Veränderungspotential. Dieses Veränderungspotential ist im Neoliberalismus extrem gestiegen, also möchte man darauf gerne verzichten. Also sagt man: Wir verzichten ganz auf die Demokratierhetorik, die ist überholt, die können wir uns heute schenken. Wir haben bereits so viele Stabilisierungsmechanismen eingebaut, dass wir nun auf eine neue Rhetorik gehen, nämlich die Stabilitätsrhetorik.

Und Sheldon Wolin geht so weit, dass er sagt: Die Bezeichnung ‚Demokratie‘ ist nicht mehr als etwas zu verdecken, was eigentlich ein zutiefst autoritäres, manipulatives System ist („a cynical gesture used to camouflage deeply manipulative politics“). Sheldon Wolin sagt, die Entwicklung dieses neuen Totalitarismus, der global orchestriert ist, der für uns kaum sichtbar ist, der sich manchmal auch ein demokratisches Gesicht gibt, aber der ein unglaubliches Arsenal an Techniken entwickelt hat, Dissens zum Schweigen zu bringen, ist eine der folgenschwersten politischen Entwicklungen unserer Zeit.

Jetzt kommt die Frage, die Sie nach all diesen deprimierenden Dingen wahrscheinlich am meisten interessiert: *Was tun?*

Und damit die Frage nicht zu abstrakt bleibt: *Und wer zum Teufel tut es?* (David Harvey)

Darauf müssen wir einen selbstkritischen Blick werfen, denn es könnte ja sein, dass mit diesem „wer“ „wir“ gemeint sind.

Wenn wir auf die Geschichte zurückblicken, können wir zweierlei erkennen: Zum einen wurden in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten, trotz vielfältiger Rückschläge, große emanzipatorische Fortschritte verzeichnet. Zu diesen emanzipatorischen Fortschritten gehört auch, dass wir heute hier - zumindest in historischem Maßstab - in einer relativ freien Gesellschaft leben. Alleine diese Tatsache ist eigentlich Anlass und Grund zu großer Hoffnung.

Zweitens jedoch sind emanzipatorische, zivilisatorische Errungenschaften *immer nur* in oft langen und sehr mühsamen sozialen Kämpfen errungen worden. Das ist ein schwieriger Punkt für uns, denn wir mögen eigentlich Kämpfe nicht. Denn Kämpfe suggerieren Gefahr und Unsicherheit. Was wir aber eigentlich suchen, ist Harmonie und Sicherheit.

Daher versuchen wir Konflikte mit anderen in der Regel durch Austausch, Dialog und Verständigung zu lösen. Es gut, dass wir dieses natürliche Bedürfnis und eine natürliche Aversion gegen Kämpfe haben.

Das macht uns aber anfällig für einen sehr folgenschweren *Kategorienfehler*. Wir neigen nämlich dazu, interpersonale Kategorien der Konfliktlösung wie Dialog und Verständigung auch auf gesellschaftliche Antagonismen, also auf *asymmetrische* Machtverhältnisse, zu übertragen. Das ist ein sehr schwieriger Punkt. - Man kann ihn sich aber ganz einfach klarmachen - wieder durch einen Blick auf die Geschichte. Soziale Errungenschaften wurden den Mächtigen stets abgetrotzt, in sozialen Kämpfen. Sie können die gesamte Geschichte zurückgehen: Soziale Errungenschaften wurden immer in sozialen Kämpfen den Mächtigen abgetrotzt - und nicht etwa in einem empathischen Dialog errungen.

Wir profitieren also heute von denen, die oft mit großem überpersönlichen Einsatz diese sozialen Kämpfe geführt haben, oft gegen die Apathie und gegen das Desinteresse großer Teile der Bevölkerung. Und die sozialen Errungenschaften, auf die wir heute so stolz sind, wurden von *jenen* errungen, *die* diese Kämpfe geführt haben.

Hoffnung - das wollen wir in diesen Dingen haben - sie basiert stets auf der Voraussetzung, dass *auch wir* bereit sind, für gegenwärtige und zukünftige Generationen diese sozialen Kämpfe zu führen.

Um diese sozialen Kämpfe zu führen, brauchen wir etwas, *wofür* wir kämpfen, und nicht nur etwas, *wogegen* wir kämpfen. Das ist ein Punkt, wo uns insbesondere die Aufklärung einen großen Reichtum hinterlassen hat, der immer noch auf seine Umsetzung wartet.

Ohne soziale Kämpfe wird sich der ökologisch, ökonomisch und sozial zerstörerische, und letztlich auch für den Kapitalismus selbstzerstörerische Weg in den autoritären Neoliberalismus fortsetzen.

Ich will also enden mit den Worten des 88-jährigen Noam Chomsky, der in ganz einfachen Worten - in dem Buch, das ich Ihnen schon genannt hatte - seine Erfahrungen eines lebenslangen sozialen Kampfes in ganz einfache Worte kleidet und uns damit daran erinnert, *wer* zum Teufel die Verantwortung für dieses Tun eigentlich hat.

Chomsky sagt:

„Was können wir tun? So ungefähr alles, was wir wollen. (*Wenn wir nur wollen.*)

Tatsache ist, dass wir in einer relativ freien Gesellschaft leben. Die ist nicht vom Himmel gefallen.

Die Freiheiten, die wir haben, wurden in hartem, schmerzlichem, mutigem Kampf erstritten, aber nun haben wir sie. (Das ist kein Grund, sich stolz zurückzulehnen, denn *wir* haben sie nicht errungen. Wir haben es in der Hand, dies für *zukünftige* Generationen zu erringen.)

Sie sind unser Erbe, ein Erbe, das uns die Kämpfe anderer hinterlassen haben.

Es kann viel getan werden, wenn die Menschen sich organisieren (ein ganz wichtiger Punkt: Einzelne geht gar nichts, es geht nur wieder in solidarischen Aktionen), für ihre Rechte kämpfen, wie sie es in der Vergangenheit getan haben, und wir können noch viele Siege erringen.“

Ich danke Ihnen.